

Jahresabschluss 2017

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH



Leipziger
Wasserwerke

Kennzahlen und sonstige Angaben in Anwendung von § 96a Abs. 1 Nr. 9 in Verbindung mit § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages

Die Geschäftsentwicklung wird maßgeblich durch folgende Kennzahlen beschrieben:

in TEUR

	2017	2016	2015
Kennzahlen zur Vermögenssituation			
Quote Anlagevermögen			
Anlagevermögen	937.357 = 92,2 %	924.796 = 94,1 %	913.639 = 94,2 %
Gesamtvermögen	1.016.835	983.048	969.842
Investitionsdeckung			
Bruttoabschreibungen	40.714 = 77,7 %	41.252 = 78,8 %	41.696 = 89,3 %
Bruttoinvestitionen ¹ (ohne Finanzanlagen)	52.409	52.347	46.671
Kennzahlen zur Kapitalstruktur			
Eigenkapital ²	371.378 = 36,5 %	366.180 = 37,2 %	360.680 = 37,2 %
Gesamtkapital	1.016.835	983.048	969.842
Kennzahlen zur Rentabilität			
Eigenkapitalrentabilität			
Jahresergebnis ³	30.088 = 8,1 %	24.004 = 6,6 %	30.612 = 8,5 %
Eigenkapital ²	371.378	366.180	360.680
Gesamtkapitalrentabilität			
Jahresergebnis ³	30.088 = 3,0 %	24.004 = 2,4 %	30.612 = 3,2 %
Gesamtkapital	1.016.835	983.048	969.842

¹ Anlagenzugänge inklusive unentgeltlicher Übertragungen und aus Verschmelzung WAK (2015)

² unter Berücksichtigung empfangener Ertragszuschüsse und des Sonderverlustkontos aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG

³ vor Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter und Ergebnisabführung

in TEUR

	2017	2016	2015
Kennzahlen zum Geschäftserfolg			
Umsatz je Mitarbeiter			
Umsatz	150.939 = 264,81	145.087 = 254,99	139.998 = 251,79
Mitarbeiteranzahl (Durchschnitt)	570	569	556
Kennzahlen zur Liquidität			
Liquidität 1. Grades			
Flüssige Mittel	8	21	13
Konzernfinanzierung	24.059 = 23,0 %	11.417 = 11,8 %	10.574 = 10,7 %
Kurzfristiges Fremdkapital*	107.895	101.443	103.567
./. Verrechnbare Rückstellung für Abwasserabgabe	-3.056	-4.290	-4.392
Liquidität 2. Grades			
Flüssige Mittel	8	21	13
Konzernfinanzierung	24.059	11.417	10.574
Kurzfristige Forderungen	54.302 = 74,8 %	45.679 = 58,8 %	44.486 = 55,5 %
Kurzfristiges Fremdkapital*	107.895	101.443	103.567
./. Verrechnbare Rückstellung für Abwasserabgabe	-3.056	-4.290	-4.392
Liquidität 3. Grades			
Flüssige Mittel	8	21	13
Konzernfinanzierung	24.059	11.417	10.574
Kurzfristige Forderungen	54.302	45.679	44.486
Vorräte	352 = 75,1 %	374 = 59,2 %	382 = 55,9 %
Kurzfristiges Fremdkapital*	107.895	101.443	103.567
./. Verrechnbare Rückstellung für Abwasserabgabe	-3.056	-4.290	-4.392

* ohne Rechnungsabgrenzungsposten

Plan – Ist 2017

Wesentliche Planzahlen werden nachfolgend den Ist-Werten gegenübergestellt:

Planzahlen

		Plan 2017	Ist 2017
Umsatz	Mio. EUR	152,5	150,9
Betriebsergebnis	Mio. EUR	47,7	34,3
Jahresergebnis vor Ergebnisabführung	Mio. EUR	43,8	30,1
Investitionen gesamt (ohne Finanzanlagen)	Mio. EUR	70,6	52,4
Wasserwerke-Finanzanteil	Mio. EUR	58,4	43,4
Wasseraufkommen gesamt	Mio. m ³	35,1	36,0
Wasserabsatz	Mio. m ³	31,0	31,2

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2017	Seite	2
Lagebericht	Seite	5
Bilanz	Seite	28
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite	30
Anhang	Seite	31
Entwicklung des Anlagevermögens	Seite	46
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Seite	48

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2017

der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2017 durch eine regelmäßige und umfassende Berichterstattung durch die Geschäftsführung über die Lage und die Geschäftsentwicklung der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH und deren Tochtergesellschaften informiert. Darüber hinaus hat sich der Vorsitzende des Aufsichtsrates auch außerhalb von Sitzungen von der Geschäftsführung zu Einzelsachverhalten berichten lassen.

Der Aufsichtsrat hat seine Überwachungs- und Beratungspflichten gegenüber der Geschäftsführung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und dem Gesellschaftsvertrag uneingeschränkt wahrgenommen. In diesem Zusammenhang hat er sich von der Geschäftsführung zu wesentlichen Geschäftsvorfällen berichten lassen, Berichte abgefordert und einschlägige Beschlüsse gefasst.

Im Aufsichtsrat hat es zwei personelle Veränderungen gegeben. Auf Seiten der Arbeitnehmer hat Herr Hans-Jürgen Müller sein Aufsichtsratsmandat zum 30.06.2017 beendet, für ihn wurde Herr Nico Langhammer mit Wirkung zum 01.07.2017 in den Aufsichtsrat berufen. Auf Anteilseignerseite legte Herr Jörg Enke sein Mandat im Aufsichtsrat zum 31.07.2017 nieder. Mit Wirkung zum 01.08.2017 wurde Herr Tobias Meier zum Aufsichtsratsmitglied bestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 haben vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden.

Themenschwerpunkte waren dabei vor allem:

1. Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016
2. Wirtschaftsplanung für 2018 sowie mittelfristige Wirtschaftsplanung für 2019 – 2022
3. Beteiligungs- und Risikomanagement
4. Geschäftsführerangelegenheiten der Wasserwerke sowie deren Tochtergesellschaften
5. Änderungen der Preise zum 01.01.2018
6. wesentliche Investitionsvorhaben und
7. Fortgang der rechtlichen Verfahren zu den CDO-Transaktionen.

Es wurden keine Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Weiterhin wurde eine Klausurtagung mit folgenden Themenschwerpunkten abgehalten:

1. Digitalisierungsstrategie,
2. Erweiterung des Klärwerkes Rosental und
3. Nachhaltigkeitsmanagement.

Der Aufsichtsrat hat sich im Rahmen einer Klausur des LVV-Konzerns zum Thema „Daseinsvorsorge 2030“ mit der langfristigen Planung der Wasserwerke sowie deren Tochtergesellschaften und ihre Wirkung auf die langfristige LVV-Konzernwirtschaftsplanung befasst. Über deren Ergebnisse wurde im Rahmen einer ordentlichen Aufsichtsratssitzung berichtet.

Darüber hinaus bestehen ein Finanz- und Bauausschuss des Aufsichtsrates, welcher im Geschäftsjahr 2017 zu vier Sitzungen und ein Präsidial- und Beteiligungsausschuss, welcher im Geschäftsjahr zu fünf Sitzungen zusammenkam.

Die Stadt Leipzig hat Grundsätze und Standards der Unternehmenssteuerung und der Unternehmensführung für kommunale Unternehmen in Anlehnung an den Deutschen Corporate Governance Kodex für börsennotierte Unternehmen und den Public Corporate Governance Kodex für Beteiligungsunternehmen des Bundes sowie den Empfehlungen des Präsidiums des Deutschen Städtetages entwickelt. Die Stadt Leipzig hat mit Ratsbeschluss RBV-1843/13 vom 11. Dezember 2013 den „Leipziger Corporate Governance Kodex“ (LCGK) beschlossen.

Den sich aus dem Beschluss der Gesellschafter der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH ergebenden Verpflichtungen zur Umsetzung einzelner Regelungen des LCGK vom 17. Februar 2014 wurde im Rahmen des Jahresabschlusses vollständig entsprochen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig geprüft worden. Die Jahresabschlussprüfung erstreckte sich auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG.

Im Ergebnis der Prüfungen wurde jeweils der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Der Aufsichtsrat hat den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Abschlussprüfer hat an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet und Nachfragen beantwortet.

Der Aufsichtsrat nimmt den Bericht der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 sowie des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017 zur Kenntnis. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 festzustellen und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 zu genehmigen.

Unter Federführung der Kanzlei Noerr haben sich die Wasserwerke endgültig in dem Rechtsstreit gegen die UBS auch vor dem Supreme Court of England and Wales durchgesetzt. Der Antrag der UBS auf Zulassung einer weiteren Berufung gegen das Urteil des Court of Appeal vom 16. Oktober 2017 ist am 10. April 2018 von dem Gericht zurückgewiesen worden. Damit steht letztinstanzlich fest, dass die UBS keine Zahlungsansprüche gegen die Wasserwerke geltend machen darf.

Mit Beendigung des Rechtsstreits zwischen der UBS gegen die LBBW entfällt auch das Risiko im Rahmen der rechtlichen Auseinandersetzung gegen die LBBW vor dem Landgericht Leipzig bzw. dem Oberlandesgericht Dresden. Mit Schreiben vom 8. Mai 2018 teilte die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft GmbH daher der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH die Auflösung der dafür vorsorglich gebildeten Rückstellung mit und kündigte die bestehende Freistellungsvereinbarung mit sofortiger Wirkung.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Geschäftsführung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und spricht allen Beteiligten seine ausdrückliche Anerkennung für die erfolgreiche Tätigkeit aus.

Leipzig, 22. Juni 2018

Volkmar Müller
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), befindet sich zu 100 % in kommunalem Eigentum. Die beiden Gesellschafter der Wasserwerke sind die LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), als Gesellschaft im Eigentum der Stadt Leipzig sowie der Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, Leipzig (ZV WALL), in dem 13 Gemeinden des Leipziger Umlandes und die Stadt Leipzig vertreten sind. Die LVV hält 74,6 % der Anteile, der ZV WALL ist mit 25,4 % an den Wasserwerken beteiligt.

Die Geschäftstätigkeit der Wasserwerke umfasst die Versorgung von rund 689.000 Menschen in ihrem Versorgungsgebiet mit Trinkwasser sowie die umweltgerechte Entsorgung des in ihrem Entsorgungsgebiet anfallenden Abwassers von circa 656.000 Einwohnern.

Der Aufsichtsrat als Kontrollgremium der Wasserwerke hat im Berichtszeitraum 2017 insgesamt vier Sitzungen, eine Klausurtagung sowie einen konzernweiten Aufsichtsratsworkshop absolviert. Die umfangreiche Gremienarbeit spiegelt die enge Zusammenarbeit zwischen den Wasserwerken und ihrem Kontrollgremium wider.

1.2 Ziele und Strategien

Aufgabe der Wasserwerke ist es, Leipzig und das Umland mit Trinkwasser zu versorgen und das anfallende Abwasser umweltgerecht zu behandeln. Dafür wurden drei Zieldimensionen identifiziert: eine sichere Ver- und Entsorgung, eine starke Kundenorientierung und eine hohe Wirtschaftlichkeit. Diese drei Ziele stehen in Abhängigkeit zueinander und werden in der täglichen Arbeit austariert. Unter den Gesichtspunkten hoher Kundenzufriedenheit und hoher Wirtschaftlichkeit werden die Wasserwerke durch nachhaltiges Wirtschaften stetig zu einem zukunftsfähigen und effizienten Unternehmen weiterentwickelt. Dabei stehen die Kunden im Mittelpunkt des Handelns. Eine effiziente Steuerung der Investitionen in ein funktionstüchtiges und modernes Ver- und Entsorgungssystem stärkt das Anlagevermögen und sichert den Gesellschaftern zudem eine angemessene Eigenkapitalverzinsung und somit auch ein angemessenes Ergebnis. Eine hohe Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Lösungen entlang des Kerngeschäftes schaffen ein positives Image. Damit festigen die Wasserwerke ihre Stellung als attraktiver Auftrag- und Arbeitgeber in der Region. Zur Zielerreichung setzen die Wasserwerke bewusst auf die Implementierung digitaler Lösungen, um die Transparenz und Effizienz im täglichen Geschäft weiter zu verbessern und den Kundenkontakt zeitgemäß zu gestalten.

1.3 Forschung und Entwicklung

Die Wasserwerke befinden sich seit vielen Jahren in einem regen fachlichen Austausch mit zahlreichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen und bieten in Kooperation mit akademischen Institutionen auch die sach- und fachkundige Betreuung von Bachelor- und Masterarbeiten an. Zielstellungen sind dabei ein Wissenstransfer aus der Praxis in die Forschung und auch umgekehrt sowie die Gewinnung von qualifiziertem Personal.

Auch im Jahr 2017 beteiligte sich das Unternehmen an zahlreichen Verbundprojekten im Trink- und Abwasserbereich.

Im Rahmen der kommunalen Gemeinschaftsaufgabe „Risikomanagement Starkregen“ haben die Wasserwerke im Jahr 2017 auftragsgemäß die Rolle des Projektsteuerers in dem gemeinsam mit der Stadt Leipzig initiierten „Projekt Starkregen“ übernommen und das Teilprojekt „Überflutungsgefährdung“ bearbeitet. Das Institut für Siedlungswasserwirtschaft (IWS) an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig unterstützte dabei die Projektbearbeitung inhaltlich.

Zusätzliche inhaltliche Aspekte werden durch das in 2017 mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ begonnene Vorhaben „Urbane Transformationen“ in die Projektarbeit integriert. Am Beispiel des Areals Eutritzscher Freiladbahnhof werden alternative Entsorgungslösungen auf dem Gebiet der Schmutz- und Regenwasserbeseitigung wissenschaftlich untersucht. Dabei sollen praxisrelevante Aspekte herausgearbeitet werden und in die konkrete Bebauungsplanung für den Standort einfließen. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Investor sowie der Stadt Leipzig.

Die Wasserwerke beschäftigen sich mit den Möglichkeiten einer Nutzung der im Abwasser enthaltenen Wärmemengen zur Beheizung/Klimatisierung von Gebäuden. In diesem Zusammenhang wurde ein gemeinsames Projekt mit der Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Stadtwerke), initiiert, um die technischen Möglichkeiten, die Wirtschaftlichkeit sowie das gesamtstädtische Potenzial abzuschätzen. Als Standort einer möglichen größeren Anlage wird derzeit die Versorgung des Areals Eutritzscher Freiladbahnhof näher untersucht. Erste Ergebnisse sind im Frühjahr 2018 zu erwarten.

Die Wasserwerke informieren die Bürger regelmäßig über ihr Kerngeschäft, die Trinkwassergewinnung und -verteilung sowie Abwasserableitung und -reinigung. Hierzu zählt auch die Zusammenarbeit mit Schulen, welche die Anlagen der Wasserwerke besichtigen oder das zielgruppenspezifische Informationsmaterial der Wasserwerke für den Unterricht nutzen. Darüber hinaus öffnen die Wasserwerke ihre Anlagen im Rahmen von Tagen der offenen Tür regelmäßig für interessierte Bürger.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % und 2015 um 1,7 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von 1,3 % lag.

Positive Wachstumsimpulse kamen 2017 primär aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor, die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit 1,4 % unterdurchschnittlich. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen legten 2017 im Vorjahresvergleich überdurchschnittlich zu (3,0 %). Die Bauinvestitionen stiegen dabei um 2,6 %. In Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurden preisbereinigt 3,5 % mehr investiert als im Vorjahr. Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts konnten nahezu alle Wirtschaftsbereiche positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2017 beitragen.

2.1.2 Wasserwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wasserwirtschaft befindet sich laut Branchenbild in einem ständigen Modernisierungsprozess. Es gilt, die hohen Standards zu erhalten und weiterzuentwickeln und dabei die Entgelte für die Kunden angemessen zu gestalten. Wesentliche Herausforderungen der Branche sind neben der Sanierung der bestehenden Ver- und Entsorgungsinfra-

struktur die demografische Entwicklung, der sich abzeichnende Klimawandel, die Reduzierung anthropogener Spurenstoffe, Herausforderungen der künftigen Klärschlamm Entsorgung und die Diskussion über smarte Infrastrukturentwicklung im Spannungsfeld mit IT- und Informationssicherheit in der Wasserwirtschaft. Mit der Einordnung als kritische Infrastruktur (KRITIS) ergeben sich für die Wasserwerke in besonderem Maße Anforderungen aus der KRITIS-Verordnung und dem IT-Sicherheitsgesetz. Mit der Einführung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS), das im Jahr 2018 abgeschlossen werden soll, entsprechen die Wasserwerke diesen Anforderungen.

Hinsichtlich der Trendbegriffe „Wasserwirtschaft 4.0“ und „Digitalisierung“, welche die Branchendiskussion der Wasserwirtschaft zu smarterer Infrastrukturentwicklung überschreiben, gilt es für die Wasserwerke, wie auch für die Branche insgesamt, nutzenstiftende Anwendungsfelder zu konkretisieren, bereits Bestehendes sichtbar zu machen und die inhaltliche Diskussion zu strukturieren. Chancen werden vor allem bei der verstärkten Implementierung digitaler Anwendungen zur Erleichterung der Arbeit und zur Effizienzsteigerung rings um das Kerngeschäft sowie bei medienübergreifenden Ansätzen zur Nutzung von Energiepotenzialen gesehen, wie zum Beispiel einer unternehmensweiten EMSR-Strategie (Elektro-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik in der Automatisierungstechnik).

Als lokale Besonderheit ist der nach wie vor im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wassergebrauch im Versorgungsgebiet der Wasserwerke zu nennen. So lag der Pro-Kopf-Tagesgebrauch im Jahr 1993 noch bei 115 Litern. 2004 sank er erstmals unter die 90-Liter-Marke und erreichte 2011 seinen bisherigen Tiefstwert von 85,9 Litern. Im Vergleich mit dem für das Jahr 2016 durch den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) festgestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 123 Litern pro Person und Tag entspricht die Nutzung im Versorgungsgebiet der Wasserwerke mit 92,5 Litern pro Einwohner und Tag im Jahr 2017 damit einem um gut 25 % geringeren Durchschnittsgebrauch. Allerdings kann nach dem sechsten Jahr leichter Gebrauchssteigerungen in Folge von einem, unter Absatzgesichtspunkten, positiven Trend gesprochen werden.

Wesentlich stärker als der Anstieg des Durchschnittsgebrauches wirkt sich die ungebrochen dynamische und dem allgemeinen Flächentrend entgegengesetzte Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig und des Umlandes auf die Absatzentwicklung aus. Die durchschnittliche Einwohnerzahl ist gegenüber dem Vorjahr um circa 11.600 gestiegen und entspricht in etwa der Bevölkerungsvorausschätzung 2016 der Stadt Leipzig (Amt für Statistik und Wahlen). Im Hinblick auf die Ver- und Entsorgungskapazitäten wird diese Entwicklung seitens der Wasserwerke genau beobachtet und findet Berücksichtigung in der Überarbeitung der langfristigen Ver- und Entsorgungskonzepte.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Wasserwerke haben auch im Geschäftsjahr 2017 wieder ihre hervorragenden Kompetenzen bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung unter Beweis gestellt und mit Mio. EUR 30,1 ein besonders gutes Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an die Gesellschafter erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse, hauptsächlich für die Kundengruppen „private Haushalte/Kleingewerbe“, haben sich positiv entwickelt.

2.2.1 Ertragslage

Im Jahr 2017 ergab sich für die Gesellschaft ein Jahresergebnis vor Ausgleichszahlung an den ZV WALL und Ergebnisabführung an die LVV von Mio. EUR 30,1 (Vj.: Mio. EUR 24,0).

Ab Januar 2016 ist die neue Preisperiode gestartet. In der Kalkulation wurden erstmals kalkulatorische Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte angesetzt. Die Trinkwasserpreise sind stabil geblieben, während es einen leichten Anstieg um rund 5 % beim Schmutzwasserpreis gab. Für Niederschlagswasser wurde das Abrechnungsmodell

deutlich vereinfacht, somit gibt es nur noch zwei Versiegelungsgrade. Mit der Integration des ehemaligen Sondertarifgebietes in das Tarifgebiet der Wasserwerke bereits im Jahr 2017, ist die unterschiedliche Preisstruktur zwischen dem Tarifgebiet der Wasserwerke und dem ehemaligen Sondertarifgebiet aufgehoben. Dies spiegelt sich unter anderem im gesunkenen Durchschnittspreis des Schmutzwassers wider.

Aus ihrer operativen Geschäftstätigkeit erwirtschafteten die Wasserwerke im Jahr 2017 Umsatzerlöse von Mio. EUR 150,9. Das entspricht einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,0 % (Vj.: Mio. EUR 145,1). Dabei entfielen Mio. EUR 73,6 (48,8 %) auf die Sparte Trinkwasser und Mio. EUR 75,0 (49,7 %) auf die Sparte Abwasser. Die restlichen Mio. EUR 2,3 (1,5 %) entfallen auf Nebenleistungen und die plangemäße Auflösung empfangener Ertragszuschüsse. Aus der Zuführung zum Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse für Wiederbeschaffungszeitwerte wurden Umsatzminderungen von Mio. EUR 4,2 erfasst. Bereinigt man den Umsatz um die gebildete und verbrauchte Rückstellung für Umsatzrisiken, konnte ein Umsatzanstieg von Mio. EUR 1,2 gegenüber dem Vorjahr (Mio. EUR 145,8) auf Mio. EUR 147,0 erreicht werden. Die Rückstellung Umsatzrisiko wirkte im Jahr 2017 mit Mio. EUR 3,9 positiv auf die Umsatzerlöse. Die geplanten Verbräuche des Umsatzrisikos lagen höher als die Bildung im Umsatzrisiko. Im Vorjahr mussten infolge höherer Umsatzerlöse als vorkalkuliert noch höhere Rückstellungen Umsatzrisiko gebildet werden.

Ertragslage

	Ist 2017	Ist 2016	Abweichung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	absolut Mio. EUR	%
Umsatz gesamt	150,9	145,1	5,8	4,0
Rückstellung Umsatzrisiko	-3,9	0,7	-4,6	> -100
Umsatz ohne Rückstellung Umsatzrisiko	147,0	145,8	1,2	0,8

Die bereitgestellte Menge Trinkwasser erhöht sich auf 36,0 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahreswert (Vj.: 35,2 Mio. m³). Der Trinkwasserabsatz liegt mit 31,2 Mio. m³ um 0,5 Mio. m³ über dem im Vorjahr (30,7 Mio. m³). Der technische Wassereigenbedarf (Eigenbedarf und Wasserverluste) stieg auf 4,9 Mio. m³ (Vj.: 4,5 Mio. m³) an. Entsprechend der Zunahme des Trinkwasserabsatzes hat sich auch die Menge des von den Trinkwasserkunden eingeleiteten Abwassers erhöht, dies spiegelt sich auch in der behandelten Trockenwettermenge (Schmutzwasser inklusive Fremdwasser) wider, die um 3,2 % auf 39,0 Mio. m³ (Vj.: 37,8 Mio. m³) gestiegen ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um Mio. EUR 0,9 auf Mio. EUR 21,6 gesunken. Im Wesentlichen ist diese Entwicklung auf im Vorjahr höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Sondereffekte aufgrund erzielter Erträge im Zusammenhang mit der Refinanzierung der Eigenmittelanteile der Cross-Border-Lease-Transaktionen des Vorjahres und höhere Erträge aus Schadenersatz zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2017 konnten im Vergleich zum Vorjahr Mio. EUR 1,1 höhere Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für verrechenbare Abwasserabgabe erzielt werden, da behördliche Verrechnungsbescheide für Vorperioden ergingen.

Der Materialaufwand liegt bei Mio. EUR 41,9 und damit erhöht zum Vorjahresniveau (Vj.: Mio. EUR 41,0), unter anderem begründet durch höheren Instandhaltungsbedarf und sonstige Dienst- und Fremdleistungen im Rohr- und Kanalnetz.

Mit dem Personalaufwand in Höhe von Mio. EUR 31,5 (Vj.: Mio. EUR 30,2) lagen die Wasserwerke über dem Niveau der Vorjahre, im Wesentlichen bedingt durch planmäßige Tarifsteigerungen sowie durch den Wechsel von durchschnittlich 7,7 Mitarbeitern von einer Teilzeit- in eine Vollzeitstelle. Die Höhe der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter inklusive Auszubildenden (569) weicht kaum gegenüber dem Vorjahr (568) ab.

Die Abschreibungen von Mio. EUR 40,8 (Vj.: Mio. EUR 41,3) weichen geringfügig ab.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zu 2016 um Mio. EUR 5,3 auf Mio. EUR 24,4 (Vj.: Mio. EUR 29,7) gesunken. Wesentliche Ursache ist der im Vorjahr angefallene außergewöhnliche Aufwand aufgrund der Umsatzsteuernachzahlung in Höhe von Mio. EUR 5,3 sowie die im Vorjahr gebildete Rückstellung für den zusätzlichen Wasserzählerwechsel.

Im Wesentlichen aufgrund geringerer Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen sanken die Zinserträge um Mio. EUR 1,0. Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (inklusive Aufzinsung von Rückstellungen) sind im Vergleich zum Vorjahr leicht auf Mio. EUR 4,8 (Vj.: Mio. EUR 4,7) gestiegen.

2.2.2 Vermögens- und Finanzlage

Die zum Bilanzstichtag 2016 bestehende Verbindlichkeit für die seitens der Prozessgegner durch Verrechnung des im Voraus geleisteten Abschlags auf die zu erwartende Prozesskostenerstattung in Höhe von Mio. EUR 15,0 erhöhte sich im Jahr 2017 um Mio. EUR 1,3 auf Mio. EUR 16,3.

Aufgrund des für die Wasserwerke positiven Gerichtsurteils vom 10. April 2018, der guten Geschäftsaussichten, der eingeleiteten Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung sowie der im Rahmen des Wirtschaftsplans für 2018 bis 2022 dargestellten und vom Aufsichtsrat bestätigten Kreditaufnahme (für 2018 rund Mio. EUR 37,0) unter Beibehaltung des künftigen kurzfristigen Cash-Management-Kreditrahmens von Mio. EUR 8,0 gehen die Wasserwerke von einer weiterhin stabilen Finanzlage aus. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2017 durch den Cash-Management-Kreditrahmen der LVV jederzeit gewährleistet.

Für das Geschäftsjahr 2017 weisen die Wasserwerke eine Bilanzsumme von Mio. EUR 1.050,4 aus. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr (Mio. EUR 1.026,1) einer Erhöhung um 2,4 %.

Das Anlagevermögen wies zum 31. Dezember 2017 Mio. EUR 937,4 aus. Das waren im Vergleich zum Vorjahr (Mio. EUR 924,8) rund 1,4 % mehr. Im Berichtsjahr investierte die Gesellschaft insgesamt Mio. EUR 52,4 in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich von Mio. EUR 270,8 per 31. Dezember 2016 um 13,8 % auf Mio. EUR 308,1. Das Eigenkapital der Gesellschaft lag am Bilanzstichtag bei Mio. EUR 285,5, das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme bei 27,2 %.

2.2.3 Investitionen

Das Investitionsvolumen inklusive Finanzanlagen liegt einschließlich der unentgeltlichen Übertragung technischer Anlagen bei Mio. EUR 54,4 (Vj.: Mio. EUR 52,8) und damit 3 % höher als das Investitionsvolumen des Vorjahres.

Vom Gesamtvolumen der Investitionen entfielen Mio. EUR 17,2 (31,6 %) auf die Sparte Trinkwasser und Mio. EUR 33,6 (61,8 %) auf die Sparte Abwasser, Mio. EUR 3,6 (6,6 %) waren sonstige Investitionen. In die Werke wurden Mio. EUR 8,5 (15,6 %), in die Trink- und Abwassernetze inklusive Erschließungen Mio. EUR 42,0 (77,2 %) und in den übrigen Bereich Mio. EUR 3,9 investiert, davon wurden Mio. EUR 2,0 als Finanzanlage in Form eines langfristigen Darlehens an die Sportbäder investiert.

Investitionen Werke: Von den Mio. EUR 8,5 an Investitionen für den Unternehmensbereich Werke entfielen rund Mio. EUR 3,3 auf die Investitionen in den Wasserwerken und Mio. EUR 5,2 auf die Investitionen in den Kläranlagen.

Das Erneuerungsprogramm der Fassungsanlagen stand auch im Jahr 2017 im Fokus der Aktivitäten im Bereich der Wasserwerke. Nach erfolgreichem Abschluss der 1. Ausbaustufe im Wasserwerk Canitz im letzten Jahr erfolgte in diesem Jahr die Errichtung von 16 Brunnen in den Fassungsanlagen des Wasserwerkes Thallwitz. Der Abschluss des ersten Bauabschnittes ist für 2018 mit der Errichtung weiterer 16 Brunnen geplant.

Parallel zu diesen Vorhaben erfolgte in diesem Jahr die Fertigstellung der ersten fünf von insgesamt 36 Brunnen im Wasserwerk Naunhof 1 zur Erneuerung der Fassungsanlagen an diesem Standort. Darüber hinaus ist es geplant, die Rohwassersammelleitungen sowie die Energieversorgung in den nächsten Jahren zu ertüchtigen. Zielstellung ist es, durch diese Maßnahmen eine Sicherstellung der notwendigen Rohwassermengen bis zur Inbetriebnahme des geplanten neuen Wasserwerkes, welches die bestehenden Wasserwerke Naunhof 1 und Naunhof 2 ersetzen soll, zu erreichen.

Für diese Investitionsmaßnahme wurde in diesem Jahr im Rahmen eines Value Engineering damit begonnen, die bisherigen Ergebnisse der Vorplanung zu validieren und parallel dazu auf den aktuell favorisierten Standort anzupassen.

Die genannten Maßnahmen sind Teil der unternehmensweiten Wasserkonzeption „Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030“. Bedingt durch die positive demografische Entwicklung im Einzugsgebiet stellen diese Investitionen eine wesentliche Grundlage zur nachhaltigen Absicherung der Trinkwasserversorgung in den kommenden Jahren dar.

Weitere Vorhaben waren der Ersatz der Steuerung im Wasserwerk Naunhof 1, als erste Maßnahme zur Erneuerung der kompletten Steuerungstechnik der Wasserwerke in den kommenden Jahren, sowie die Auswechslung der Abwasserleitung des Wasserwerkes Canitz im Bereich des Muldedeiches.

Letztere erfolgte im Zusammenhang mit der Ertüchtigung der Deichanlagen zum öffentlichen Hochwasserschutz durch die Landestalsperrenverwaltung. Parallel dazu wurden die ersten Planungsphasen des darüber hinausgehenden Objektschutzes und präventiven Hochwasserschutzes speziell dieses größten Leipziger Wasserwerkes abgeschlossen. Die bauliche Umsetzung soll nach Fertigstellung der Planung und Genehmigung in den nächsten Jahren erfolgen.

Im Bereich der Kläranlagen bildete die weitere Fortführung der Planungen der Erweiterung des Klärwerkes Rosental den wesentlichen Schwerpunkt in diesem Jahr. Die biologische und mechanische Reinigungsstufe befindet sich aktuell in der Phase der Entwurfsplanung.

Nach Abstimmung der notwendigen genehmigungsrechtlichen Schritte mit den zuständigen Ämtern und Behörden, speziell zu den naturschutzrechtlichen Anforderungen an die Schutzgüter wie zum Beispiel Grund- und Oberflächenwasser, Luft, Flora/Fauna, wurden die notwendigen Fachgutachten in diesem Jahr weiter fortgeführt. Aufgrund der Komplexität dieser Maßnahme werden diese erst im Jahr 2018 beendet werden. Zielstellung ist es, nach Abschluss der Untersuchungen die Festlegungen dieser Umweltverträglichkeitsprüfung in die technische Planung zu integrieren und Ende 2018 die notwendigen wasserrechtlichen Genehmigungen zu beantragen.

Ausgehend vom aktuellen Zeitplan wird mit einem Baubeginn 2020 und einer Fertigstellung des Teilprojektes Biologie im Jahr 2023 gerechnet.

Zur Sicherstellung der Abwasserbehandlung bis zur Inbetriebnahme der Erweiterung des Klärwerks wurde eine Interimsverdichterstation zur Verbesserung der Sauerstoffversorgung der Biologien A–C errichtet und Ende dieses Jahres in Betrieb genommen sowie die Anzahl der Belüftungselemente im Belebungsbecken D erhöht.

Weitere Maßnahmen waren der Bau und die Inbetriebnahme einer Schlammwässerungsanlage in der Kläranlage Markranstädt zur künftigen Reduzierung der Transportkosten für das Klärwerk Rosental durch Behandlung vor Ort, der Baubeginn der Kläranlage Zwochau zur Erweiterung der vorhandenen biologischen Behandlungskapazität sowie die Fortführung der Planungen zur Kapazitätserweiterung der Kläranlage Dölzig. Aufgrund einer deutlichen Erhöhung des Anschlussgrades an die Anlage aufgrund der demografischen Entwicklung ist hier ein kompletter Neubau der Anlage erforderlich.

Investitionen Netze: Im Jahr 2017 investierten die Wasserwerke Mio. EUR 42,0 in das Trink- und Abwassernetz der Stadt Leipzig und der Kommunen des ZV WALL. Analog den Vorjahren war die Gewährleistung der Ver- und Entsorgungssicherheit auf hohem Niveau und konstanter Qualität der Maßstab des Handelns.

Die im Jahr 2017 getätigten Investitionen in das Trinkwassernetz (inklusive Trinkwasseranschlussleitungen und Erschließungen) im Wert von Mio. EUR 13,7 fanden vornehmlich im Betrieb der Versorgungsleitungen statt. Auch im Abwasserbereich fokussierten sich die Investitionen verstärkt auf das Flächennetz in Leipzig und Umland. Dabei werden jetzt die Voraussetzungen geschaffen, mit den zur Verfügung stehenden Investitionssummen über einen langen Zeitraum konstant und planmäßig in das Flächennetz zu investieren, um damit das laufende Kanalsanierungsprogramm zielgerichtet umzusetzen. In Summe wurden im Jahr 2017 Mio. EUR 28,3 inklusive der Hausanschlusskanäle und der Abwassererschließungen in das Kanalnetz investiert. Aus der Vielzahl der durchgeführten Projekte in 2017 ist nachfolgend eine kleine Auswahl von Trink- und Abwassermaßnahmen zusammenfassend dargestellt:

Händische Sanierung Mischwasserleitung Käthe-Kollwitz-Straße, Leipzig

Der Mischwasserkanal Käthe-Kollwitz-Straße/Elsterstraße in Leipzig mit einer Länge von circa 650 Metern gehört zum Einzugsgebiet des Hauptsammlers Elsterstraße/Waldstraße. In den Mischwasserkanal werden das Schmutz- und Regenwasser der Grundstücke und das Regenwasser der Straße im Mischsystem abgeleitet. Der sich unter dem Elstermühlgraben befindliche Düker verursacht bei stärkeren Regenereignissen einen Einstau in den vorgelagerten Haltungen, was zu erheblichen Ablagerungen und Schwefelwasserstoff-Belastungen führte. Die durchgeführten Reinigungsarbeiten beseitigten kurzzeitig diese Ablagerungen, führten aber auch dazu, dass sich der Zustand des bereits vorgeschädigten Sohlbereichs des Sammlers weiter verschlechtert hat.

Mit der händischen Sanierung (Ausräumen der Fugen des Mauerwerks, wieder neu verfugen und Beschichten im Sohlbereich) wurde der Bestand gesichert und statisch instandgesetzt, folglich hat sich der Reinigungsaufwand für den Kanal erheblich verringert und die Belastung für das Material wurde reduziert.

Die Sanierungsmaßnahme wurde im Zuge der Gleisbauarbeiten im Bereich Käthe-Kollwitz-Straße umgesetzt. Die Leitungen in der Käthe-Kollwitz-Straße befinden sich unter dem Gleisbett der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (Verkehrsbetriebe).

Sanierung der Mischwasserleitung Rosa-Luxemburg-Straße, Leipzig

Im Rahmen einer planmäßigen Kanalbegehung/-befahrung wurden im Mischwassersammler Eiprofil 850/1300 Rosa-Luxemburg-Straße zwischen dem ersten östlichen Hauptsammler und Schulze-Delitzsch-Straße schwere Schäden im Sohlbereich festgestellt. So war streckenweise das Gefüge der Sohle stark geschädigt.

Der Mischwasserkanal in der Rosa-Luxemburg-Straße wurde auf einer Länge von circa 440 Metern zwischen der Anbindung an die östliche Rietzschke und dem Kreuzungsbereich Neustädter Straße/Rosa-Luxemburg-Straße erneuert. Ebenso wurden die ersten Haltungen in die abgehenden Nebenstraßen Ludwigstraße, Mariannenstraße und Meißner Straße auf circa 60 Meter ausgewechselt und trassenmäßig optimiert.

Das Vorhaben wurde in zwei Bauabschnitten 2016 und 2017 realisiert.

Ertüchtigung Abwasserpumpanlage, Schkeuditz

Die Abwasserpumpanlage Schkeuditz (Baujahr 1992) besteht aus zwei Pumpenstaffeln mit jeweils zwei Pumpen. Eine fördert das Mischwasser über die Abwasserdruckleitung Schkeuditz zur Kläranlage Rosental, die zweite Staffel wird temporär bei hohem Regenwasseranteil in Betrieb genommen. Aufgrund der hohen Bedeutung dieser Pumpanlage für die Entsorgung des angeschlossenen Einzugsgebietes wurde eine Erneuerung und Modernisierung der beiden Mischwasserpumpen, aller Armaturen und Rohrleitungen im Mischwasser-Pumpenraum sowie der kompletten EMSR-Technik und Lüftungstechnik vorgenommen. Durch diese Maßnahmen wurde die Kapazität und Betriebssicherheit der Anlage deutlich erhöht.

Sanierung Mischwasserleitung Creuzigerstraße, Leipzig

Die Sanierung des großprofiligen Mischwasserkanals in der Creuzigerstraße (circa 500 Meter) wurde in zwei Bauabschnitte unterteilt. Im ersten Bauabschnitt von der Rolf-Axen-Straße bis zur östlichen Dieskaustraße wurde eine Erneuerung in einer größeren Nennweite vorgenommen. Der zweite Bauabschnitt zwischen Dieskaustraße und Kantatenweg beinhaltete die Sanierung von 195 Metern im Schlauchlining-Verfahren. Auf einer Länge von circa 15 Metern im Kantatenweg wurde eine Renovierung durch Einzug eines Glasfaserkunststoffrohres durchgeführt. Die Trasse ist geprägt von Profiländerungen und Bögen, daher war der Einbau von Glasfaserkunststoff-Kurzrohren notwendig. Außerdem wurden alle Schächte auf der Sanierungsstrecke erneuert.

Abgabestation Holzhausen, Leipzig

Die an der Trinkwasser-Fernleitung „Ostring“ stationierte Abgabestation/Druckminderanlage Holzhausen (Baujahr 1990) gehört zum Anlagenbestand der Wasserwerke. Bei Abdichtungsmaßnahmen wurde festgestellt, dass die Trinkwasserfernleitung im erdverlegten Bereich durch zum Teil sehr starke Korrosionsschäden gekennzeichnet ist. Mit dieser Investition wurden in der Abgabestation/Druckminderanlage Holzhausen die Mauerdurchführungen einschließlich Medienrohr sowie Armaturen erneuert und eine Umgehungsleitung mit entsprechender Messtechnik und Armaturen errichtet. Möglichkeiten zum kathodischen Korrosionsschutz (KKS) wurden ebenfalls berücksichtigt.

Der Ersatz der Hauptleitung in der Station und die vorsorgliche Errichtung einer 27 Meter langen parallelen Umgehungsleitung außerhalb des Bauwerkes war technisch und organisatorisch ein Mammutprojekt, das seit Ende August vorbereitet wurde, bevor am 21. und 22. Oktober 2017 der neue Leitungsabschnitt schließlich eingebunden wurde. Für die Entleerung der in der „riesigen“ Fernleitung enthaltenen 3.600 Kubikmeter Wasser – in etwa 30.000 Badewannenfüllungen – konnten über elf Entleerungsstellen, das dortige Grabensystem und umliegende Ackerflächen genutzt werden.

Auswechslung Fernleitung Canitz/Thallwitz

Anlass zu diesem Projekt gaben die seitens der Landestalsperrenverwaltung geplanten Deichsicherungsarbeiten am Hochwasserschutzdeich Canitz. Im Baubereich queren unter anderem die zwei Trinkwasserfernleitungen aus den Wasserwerken Canitz und Thallwitz und diverse Entleerungs- und Spülleitungen aus dem Wasserwerk Canitz den Deich. Inhalt dieses Vorhabens war die Sanierung der beiden je 210 Meter langen Abschnitte der Trinkwasserleitungen. Die Auswechslung erstreckte sich dabei jeweils vom Schieberkreuz vor dem Wasserwerk Canitz bis zur Rohrbrücke über die Mulde mittels Rohreinzug, inklusive der Erneuerung der genannten Betriebsleitungen aus dem Wasserwerk Canitz. Im Querungsbereich des Deiches wurden alle Leitungen in offener Bauweise neu im Schutzrohr und koordiniert mit dem Spundwandeinbau verlegt.

Auswechslung Mischwasserleitung Sommerfelder/Kriekauer Straße, Taucha

Im Zuge des geplanten Kreuzungsumbaus (Entlastungsmaßnahme für Starkregenereignisse) sollten die vorhandenen Mischwasserleitungen erneuert werden. In der Sommerfelder Straße wurde die Leitung auf circa 100 Metern mit einer Glasfaserkunststoffleitung ausgewechselt. Dabei wurde die Tiefenlage angepasst, sodass das vorhandene Gegengefälle ausgeglichen wurde. In der Kriekauer Straße wurde der Mischwasserkanal auf einer Länge von circa 105 Metern ebenfalls getauscht und die hier vorhandene Trinkwasserleitung ausgewechselt.

2.2.4 Beteiligungsbericht

Bau und Service Leipzig GmbH (Bau und Service)

Die Bau und Service ist, zusammen mit ihrer Tochter, der LSI GmbH, die größte Beteiligung der Wasserwerke. Sie koordiniert und realisiert für die Wasserwerke als Investitionsmanager Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie das gesamte Zählermanagement. Das im Jahr 2000 gegründete Unternehmen ist in der Region der zentrale Ansprech-

partner für Dienstleistungen der Wasserver- und Abwasserentsorgung, konkret in den Bereichen Trink- und Abwassernetz, Service und Anlagentechnik, Straßenbau und Baustellensicherung sowie im Projektmanagement.

2017 steuerte die Bau und Service rund 679 Projekte der Wasserwerke mit einem Gesamtvolumen von rund Mio. EUR 43,3. Zu den insgesamt 130 Mitarbeitern zählen auch 25 Ingenieure, 16 Meister und Poliere sowie Facharbeiter verschiedener Fachrichtungen.

Wassergut Canitz GmbH (Wassergut Canitz)

Wichtigstes Ziel des Wassergutes Canitz ist der Schutz der Trinkwasserressourcen im Einzugsgebiet der Großwasserwerke Thallwitz, Naunhof und Canitz. Zu diesem Zweck bewirtschaftet das Tochterunternehmen insgesamt 743 Hektar Fläche unter der Prämisse des ökologischen Landbaus und unter Einhaltung der von den Wasserwerken vorgegebenen Schutzziele. Das Wassergut Canitz erzeugt pflanzliche und tierische Öko-Produkte – unter Verzicht auf chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Seit der Umstellung auf ökologischen Landbau 1992 wurden die vereinbarten Grenzwerte für die Stickstoffbelastung des Bodens jährlich unterschritten. Die mit den Wasserwerken vereinbarten Wasserschutzziele hat das Wassergut Canitz auch 2017 wieder sehr gut erreicht. Die Stickstoffbilanz wurde mit einem Saldo von 21 kg N pro Hektar ermittelt. Das Wassergut Canitz leistet damit einen wesentlichen Beitrag für die nachhaltige Sicherung der Qualität der Ressource Grundwasser und somit der Trinkwasserversorgung von Leipzig und der Region.

Sportbäder Leipzig GmbH (Sportbäder)

Gegenstand der Sportbäder ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Dazu bewirtschaftet das Unternehmen vorrangig die im Stadtgebiet Leipzig liegenden acht Hallen- sowie fünf Freibäder und arbeitet kontinuierlich daran, das Sport- und Freizeitangebot zu erweitern.

Mit insgesamt 1.111.260 Badegästen (Vj.: 1.147.091) hatten die Sportbäder 2017 das fünfte Mal in Folge mehr als 1,1 Mio. Besucher. Einen entsprechenden Beitrag dazu lieferten, trotz baubedingter Schließung der Schwimmhalle Mitte seit Mai 2017, auch die guten Besucherzahlen der Hallenbäder. Hier wurden 973.220 Besucher (Vj.: 981.510) gezählt. Die Besucherzahlen in den Freibädern 138.040 (Vj.: 165.581) erreichten aufgrund der durchwachsenen Wetterlage nicht ganz das Niveau des Vorjahres.

Schwerpunkte der Tätigkeiten der Sportbäder waren unter anderem die Sanierung und Erweiterung der Schwimmhalle Mitte (Anbau eines Flachwasserbeckens) und diverse Sanierungsarbeiten (Technik und Gebäude) in der Schwimmhalle Südost.

Die direkten Beteiligungen der Wasserwerke haben 2017 mit insgesamt Mio. EUR 2,5 zum sehr guten Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an die Gesellschafter beigetragen.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau (FEO)/mittelbar gehalten über GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale) (FSA), und die Wasserwerke

Mit dem am 29. Januar 2016 zugestellten dinglichen Übertragungsbescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) wurde eine Vermögenszuordnung der Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue Ostharz GmbH auf die danach vermeintlich berechtigten Zuordnungsempfänger dieser Geschäftsanteile vorgenommen. Berechtigte Zuordnungsempfänger sind insbesondere Städte und Gemeinden oder aber mit diesen verbundenen Körperschaften. Voraussetzung für diese Zuordnung der Geschäftsanteile ist, dass der jeweilige Zuordnungsempfänger einen fristgerechten Antrag auf Zuordnung der Geschäftsanteile bis zum 31. Dezember 1994 gestellt hat.

Die Übertragung der Geschäftsanteile auf die Kommunen beziehungsweise mit diesen verbundenen Körperschaften hat unmittelbare Auswirkungen auf die von den Wasserwerken derzeit gehaltenen Geschäftsanteile an der FEO. Eine endgültige und bestandskräftige Übertragung der Geschäftsanteile auf die Kommunen beziehungsweise mit diesen verbundenen Körperschaften würde mit einem Verlust jener Geschäftsanteile bei den Wasserwerken einhergehen.

Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), als Rechtsnachfolger der Treuhandanstalt – der ursprünglichen Verkäuferin der Geschäftsanteile an der FEO –, hat die Wasserwerke aufgefordert, Klage gegen den dinglichen Übertragungsbescheid des BADV vom 29. Januar 2016 zu erheben. Die BvS sieht eine aus dem ursprünglichen Kauf- und Abtretungsvertrag über die Geschäftsanteile resultierende Schadensminderungspflicht aufseiten der Wasserwerke. Die Wasserwerke sowie die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH haben daher fristgerecht Klage beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht.

Mit Urteil vom 27. Januar 2017 hat das Verwaltungsgericht Berlin den Klagen im Wesentlichen stattgegeben. Den durch die Klagen angefochtenen Bescheid hat das Verwaltungsgericht Berlin aufgehoben, weil die im Bescheid vom 29. Januar 2016 verfügte dingliche Übertragung der Geschäftsanteile rechtlich nicht haltbar ist. Das Verwaltungsgericht Berlin hat keine Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen. Gegen die Nichtzulassung der Revision haben das BADV sowie die Städte Leuna und Bitterfeld-Wolfen mittlerweile erfolgreich Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Mit Beschluss vom 29. November 2017 hat das Bundesverwaltungsgericht die Revision nunmehr auch zugelassen. Damit wird der Rechtsstreit im Revisionsverfahren fortzuführen sein.

2.2.5 Leistungsindikatoren

Als einer der wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren sind im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse von Mio. EUR 150,9 erwirtschaftet worden, die in Höhe von Mio. EUR 152,5 geplant waren. Veränderungen gegenüber den geplanten Erlösen aus Kundenabrechnung und weiteren Faktoren führten im Jahr 2017 zur Kostenüberdeckung. Diese erfordert gegenüber dem Plan eine höhere Rückstellungsbildung für Umsatzrisiken für den späteren Ausgleich. Bleibt diese Rückstellungsbildung unberücksichtigt, übertraf der Umsatz aus der Kundenabrechnung aufgrund steigender Einwohnerzahlen und steigender Verbräuche pro Tag und Einwohner die Prognose von Mio. EUR 143,5 um Mio. EUR 1,2. Gegenüber einer geplanten Trinkwassermenge von 31,0 Mio. m³ wurden 31,2 Mio. m³ abgesetzt.

Ein weiterer wichtiger finanzieller Leistungsindikator ist das Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung von Mio. EUR 30,1 im Jahr 2017. Das angestrebte Ergebnis von Mio. EUR 43,8 konnte im Wesentlichen durch die fehlende Auflösung der Verbindlichkeiten aus dem CDO-/CDS-Prozess von Mio. EUR 14,8 nicht erreicht werden (vgl. Abschnitt 3.1.2).

Eine positive Ergebniswirkung haben das gegenüber der Prognose verbesserte Zinsergebnis, die Auflösung aus der Rückstellung Umsatzrisiko aus 2016 sowie die guten Ergebnisse der Tochterunternehmen.

Die Investitionen der Wasserwerke in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind ein weiterer wichtiger Indikator. Im Berichtszeitraum wurden Investitionen von Mio. EUR 52,4 durchgeführt. Der prognostizierte Wert von Mio. EUR 70,6 wurde aufgrund von Verschiebungen größerer Straßenbaumaßnahmen (koordinierte Baumaßnahmen) und durch die Realisierung einer kostengünstigen Alternativlösung für eine Interimsmaßnahme auf dem Klärwerk Rosental nicht erreicht.

Weitere wichtige Kennzahlen werden in der Anlage zu diesem Lagebericht gezeigt.

Folgende **nicht finanzielle Leistungsindikatoren** waren für die Geschäftstätigkeit der Wasserwerke im Jahr 2017 von Bedeutung:

Statistische Kennzahlen Wasserversorgung: 2017 wurden insgesamt circa 31,2 Mio. m³ Trinkwasser abgesetzt (Basis: Hochrechnung 12/2017). Davon entfielen circa 22,9 Mio. m³ auf Bevölkerung und Kleingewerbe, 4,4 Mio. m³ auf Industrie und Gewerbe sowie 3,9 Mio. m³ auf Sonstiges (u. a. öffentliche Einrichtungen und Weiterverteiler).

Das Rohrnetz wurde um rund 13 km auf 3.479 km erweitert. Der Zuwachs im Jahr 2017 resultiert im Wesentlichen aus circa 11 km Anschlussleitungen (Gesamtlänge 2017: 1.071 km) und 2 km Versorgungsleitungen (Gesamtlänge 2017: 2.177 km). In den Zubringer- und Fernleitungen (Gesamtlänge 2017: 231 km) gab es keinen Zuwachs.

Die 2017 im Versorgungsgebiet angefallenen 687 Rohrschäden liegen über dem Vorjahreswert (676); sie sind trotz des leichten Anstieges in den letzten Jahren tendenziell rückläufig.

Von den Rohrschäden wurden 154 an Anschlussleitungen festgestellt, was einer Schadensrate von circa 1,9 Rohrschäden je 1.000 Hausanschlüsse entspricht. Damit liegt die Schadensrate mit fallender Tendenz seit einigen Jahren im niedrigen Bereich – laut Deutschem Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) W 400-3.

Mit 533 Schäden an den Versorgungs- und Hauptleitungen liegt die spezifische Schadensrate hier mit 0,22 Schäden je km Versorgungsnetz und Jahr im mittleren Bereich (DVGW W 400-3). Die Wasserverluste lagen 2017 bei 11,8 % bezogen auf die Rohrnetzeinspeisung.

Beschwerdemanagement, Kundenzufriedenheit, Kundenbelange: Die Wasserwerke versorgen circa 689.000 Einwohner in ihrem Geschäftsgebiet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wir einen weiteren Rückgang bei den Beschwerden feststellen. Insgesamt waren 587 Kunden oder Verbraucher mit den angebotenen Leistungen unzufrieden. Das bedeutet eine Senkung des Beschwerdeaufkommens um 204, das heißt circa 25 % zum Vergleichsjahr 2016. Auch die aufgrund einer behördlichen Verfügung durchgeführten 13.700 zusätzlichen Zählerwechsel haben keinen negativen Einfluss auf die Beschwerdestatistik ausgeübt. Sehr viel positive Resonanz haben die Wasserwerke zur Funktionalität ihres neuen Kundenportals erlangt. Bis zum 31. Dezember 2017 haben sich 9.700 Kunden angemeldet, die ihre Stammdaten im Portal erfassen beziehungsweise ändern.

Im Juli wurde gemeinsam mit der Stadt Leipzig der erste öffentliche Trinkbrunnen in der Petersstraße in Betrieb genommen. Damit gibt es eine weitere Möglichkeit des Genusses unseres guten Trinkwassers nun auch „to go“. Das Konzept sieht vor, dass in den Folgejahren die Wasserwerke weitere Trinkbrunnen errichten. Deren Standorte werden im Zuge eines jährlichen Bürgervotums ermittelt.

Personal: Am 31. Dezember 2017 arbeiteten 571 Beschäftigte inklusive Auszubildende bei den Wasserwerken. Das sind zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Zuwachs resultiert planmäßig aus der Umsetzung des im Jahr 2016 fortgeschriebenen Personalkonzeptes des Unternehmens.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten ist 45,15 Jahre. Sie sind durchschnittlich 21,6 Jahre bei den Wasserwerken und ihren Vorgängerbetrieben beschäftigt. In die Ermittlung des Altersdurchschnitts sind 31 Auszubildende einbezogen, die im Unternehmen in dreizehn Berufen ausgebildet werden. 22 von ihnen (71 %) erlernen gewerbliche Berufe und neun junge Menschen (29 %) werden in kaufmännischen Berufen zum Facharbeiterabschluss geführt. Elf Auszubildende beendeten im Jahr 2017 ihre Ausbildung in sechs verschiedenen Berufen. Von den elf ausgelernten Auszubildenden konnten neun sofort auf Planstellen eingesetzt werden, den anderen wurde eine Jungfacharbeiterstelle nach Beschäftigungssicherungstarifvertrag angeboten. Danach ist auch hier ein Einsatz auf Planstellen vorgesehen.

Ein besonderes Augenmerk lag auch im Jahr 2017 auf der weiteren Arbeit am langfristigen Personal- und Nachfolgekonzept (Stand 2017). Es ging dabei um die planmäßige Fortschreibung, um die Schärfung der Datengrundlagen und um die Ableitung der damit verbundenen kurz- und mittelfristigen personellen Aktivitäten. Im Ergebnis wurden die Anforderungen an die Planung der Ausbildungsberufe sowie an die Nachfolgeplanung präzisiert. Damit ist ein Instrument geschaffen, das die Führungskräfte und den Bereich Personal in die Lage versetzt, rechtzeitig den erforderlichen Personalbedarf mit den erforderlichen Kompetenzen bereitzustellen und damit auch den Wissenstransfer sicherzustellen.

Im Jahr 2017 wurden erneut zahlreiche Maßnahmen aus dem Personalkonzept realisiert. Insbesondere wurde das Konzept des Fachbereiches Planung des Unternehmensbereiches Netze umgesetzt, welches die personellen Anforderungen aus der Erhöhung des Investitionsvolumens im Rahmen der Kanalsanierung sowie aus dem anstehenden Wasserkonzept berücksichtigt. Der Bereich Personal wurde im Zusammenhang mit der Einführung des Projektes „HR 2017“ zum 1. Mai 2017 umstrukturiert.

Im Rahmen des Projektes „HR 2017“ wurde zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat der Wasserwerke im März 2017 eine „Vereinbarung zur Umsetzung des Human Resources (HR)-3-Rollen-Modells und der Etablierung der Rollen HR Businesspartner (BP) und HR-Servicecenter (SC) bei den Leipziger Wasserwerken“ abgeschlossen. Im März 2017 wurde das HR-Kompetenzcenter der LVV gegründet, in welchem Mitarbeiter der Stadtwerke, der Verkehrsbetriebe und der Wasserwerke (anteilig) sowie der LVV gemeinsam Strategien und Konzepte für die Personalarbeit der gesamten Leipziger Gruppe entwickeln. Auf Basis der Vereinbarung begannen die Wasserwerke im Mai 2017 mit der Umsetzung des Projektes „HR 2017“ mit den Rollen HR-Businesspartner und HR-Servicecenter. Die Arbeit an der Umsetzung des Projektes „HR 2017“ hat im Jahr 2017 einen großen Raum eingenommen und ist noch nicht abgeschlossen.

Geänderte Rahmenbedingungen, insbesondere gestiegene gesetzliche Anforderungen, haben uns dazu veranlasst, das Team der Sicherheitsingenieure zum 1. Januar 2018 als Stabstelle „Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsschutz“ (AUG) neu aufzustellen.

Die Auswertung der Mitarbeiter-Befragung 2016 wurde im Jahr 2017 aktiv fortgesetzt. Die Ergebnisse zeigten eine nach wie vor hohe Bindung der Mitarbeiter an die Wasserwerke. An der Befragung beteiligten sich rund 57 % der Belegschaft – ein guter Wert. Die ermittelten Ergebnisse wurden den Führungskräften und den Mitarbeitern vorgestellt, in Bereichsberichten zusammengefasst und zur Diskussion an die Teams zurückgegeben. Knapp 280 Vorschläge gab es als Rückmeldung. 54 % dieser Vorschläge betrafen das Unternehmen, 38 % die Teams und Bereiche sowie 8 % die Leipziger Gruppe. Diese Ergebnisse wurden bei einem Workshop der Geschäftsführung mit den Bereichsleitern zu Handlungsfeldern zusammengefasst, die seither aktiv bearbeitet werden.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Risikobericht

3.1.1 Risikomanagementsystem

Die Wasserwerke betreiben seit dem Jahr 2003 ein umfassendes, softwarebasiertes Risikomanagementsystem (RMS) zur frühzeitigen Identifikation, Analyse und Steuerung von Risiken. Das systematische Risikomanagement der Wasserwerke erfüllt die gesetzlichen Anforderungen. Über regelmäßige, jährliche Risikoinventuren werden der Gesamtumfang der beschriebenen Risiken sowie die Einschätzungen zu den Einzelrisiken planmäßig aktualisiert. Ein kontinuierliches Controlling gewährleistet die frühzeitige Erkennung neuer Risiken. Frühwarnindikatoren dienen dem schnellen Erkennen von Veränderungen bei Einzelrisiken und ermöglichen so ein schnelles Ergreifen von geeigneten Maßnahmen.

Das RMS wurde 2014 hinsichtlich Vollständigkeit sowie Trennschärfe und Definition systemrelevanter Parameter aktualisiert. Insbesondere der Aspekt „Compliance“ wurde dabei einer gründlichen Risikoanalyse unterzogen und im Rahmen der Risikoinventur als zusätzliche Kategorie innerhalb der neuen Beobachtungskategorien des RMS ausgeprägt. Die Kategorisierung sowohl des Risikoinventares als auch des Reportings erfolgt unverändert nach folgenden thematischen Merkmalen:

- finanzielle Risiken
- operativ-technische Risiken
- strategische Risiken
- politisch-regulatorische Risiken
- organisatorisch-prozessuale Risiken
- Compliance-Risiken.

Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt stufenweise nach einem festgelegten Ablaufschema, beginnend bei den Berichtsverantwortlichen über die Bereichsrisikomanager und den Zentralen Risikomanager bis hin zu Geschäftsführung,

Aufsichtsrat und den Gesellschaftern. Die Kriterien für die TOP-Risiken der einzelnen Instanzen sind im Risikomanagementhandbuch verbindlich festgelegt, ebenso wie der Prozess der Risikoinventur, von Ad-hoc-Meldungen und bedarfsweise unterjährigen Anpassungen. Darüber hinaus werden im Rahmen des Risikoausschusses, der auch als Auftaktveranstaltung zur jährlichen Risikoinventur fungiert, Stärken und Schwächen des RMS ausgewertet und es erfolgt eine Sensibilisierung der Leiter und Bereichsrisikomanager für besondere, aus der aktuellen Situation des Unternehmens und der Unternehmensstrategie ableitbare Schwerpunkte. Bei den Wasserwerken ist das Risikomanagement eine bereichsübergreifende Aufgabe, wobei das Risikofrüherkennungssystem organisatorisch dem Bereich Unternehmenssteuerung/Organisation zugeordnet ist. Dessen Berichte werden regelmäßig durch die Geschäftsführung und die zweite Führungsebene ausgewertet.

Das RMS der Wasserwerke ist darauf ausgerichtet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft wesentlich beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, sie hinsichtlich möglicher Interdependenzen und Überlagerungen qualitativ zu beurteilen und bei Bedarf effektiv zu steuern.

Erkenntnisse aus den in der Vergangenheit abgeschlossenen CDO-/CDS-Geschäften und der Entwicklung der Cross-Border-Lease-Transaktionen (CBL) sind in vollem Umfang in das RMS eingeflossen. Dies erfolgt in der Form, dass die Risiken, deren Höhe, Veränderungen und Historie transparent im RMS abgebildet sind und gegenüber den Gremien regelmäßig berichtet werden.

3.1.2 Risiken aus Finanzgeschäften

Steuerung der Risiken aus Finanzgeschäften: Die Wasserwerke steuern die Risiken aus Finanzgeschäften über das RMS. Folgende Risiken werden betrachtet:

- Forderungsausfallrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Zinsrisiken/Zinsderivate
- sonstige Risiken (CDO-/CDS-Transaktionen, CBL).

Forderungsausfallrisiken werden durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Hierbei werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die länger als ein Jahr fällig sind, zu 100 % wertberichtigt. Für alle übrigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird ein pauschaliertes Verfahren angewendet, wobei je nach Alter der Forderung ein prozentualer Abschlag, unter Berücksichtigung des Zahlungsverhaltens im Vorjahr, erfolgt.

Im Rahmen des Finanzmanagements wurde zur besseren Steuerung bereits 1999 ein Cash Pool eingerichtet, bestehend aus der LVV sowie den Unternehmen Stadtwerke, Verkehrsbetriebe und Wasserwerke. Unter den Gesellschaftern ist die LVV als Betreibergesellschaft und Poolführer bestimmt. Das Management des Cash Pools ist über einen Rahmenvertrag der beteiligten Unternehmen geregelt. Im Rahmen des zwischen den Unternehmen der LVV abgestimmten Risikoinventars im Bereich Finanzierung werden dabei unter anderem auch die Ausnutzung der Cash-Pool-Linien und die Bonitätsentwicklung der LVV bei Creditreform betrachtet.

Zur Zinssicherung wurden bei den Wasserwerken Zinsderivate eingesetzt. Die Zinsderivate beziehen sich jeweils auf ein Grundgeschäft. Die Wasserwerke haben zum Stichtag insgesamt nur noch ein Zinsderivat im Bestand, welches mit dem zugrundeliegenden Bankdarlehen zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst wurde und zum 30. März 2018 ausläuft.

CDO-/CDS-Transaktionen: Zu den CDO-/CDS-Transaktionen aus den Jahren 2006 und 2007 erging am 4. November 2014 ein Urteil des High Court of Justice in London.

An dem Rechtsstreit beteiligt waren neben den Wasserwerken die UBS sowie die Depfa Bank plc (Depfa) und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Im Ergebnis dieses Urteils sind die Wasserwerke nicht dazu verpflichtet, Zahlungen aus den CDOs zu leisten. Auch die CDS sind rückabgewickelt. Die für die CDOs und CDS erhaltenen beziehungsweise bezahlten Prämien wurden entsprechend dem Urteil bereits im Jahr 2014 zu einem Großteil zurückgezahlt.

Die von der UBS hiergegen eingelegten Rechtsmittel waren sämtlich erfolglos. Zuletzt scheiterte UBS am 10. April 2018 beim Supreme Court in London mit einem Antrag auf Zulassung einer weiteren Berufung. Weitere Rechtsmittel stehen UBS nicht mehr zur Verfügung. Damit ist der Londoner Rechtsstreit in der Hauptsache beendet. Über die Höhe der Prozesskostenerstattungen ist noch nicht entschieden. Die Parteien werden hierüber verhandeln. Kommt keine Einigung zustande, wird ein Kostenerstattungsverfahren eingeleitet. Die zum Bilanzstichtag 2017 bestehende Verbindlichkeit für die seitens der Prozessgegner im Voraus geleisteten Abschläge auf die zu erwartenden Prozesskostenerstattungen in Höhe von Mio. EUR 14,9 erhöhten sich im Jahr 2017 um Mio. EUR 1,4 auf Mio. EUR 16,3.

Bereits in der Folge des Urteils des High Court of Justice vom 4. November 2014 hatten sich die Wasserwerke und die LBBW darauf verständigt, die vor dem Landgericht Leipzig und dem Oberlandesgericht Dresden anhängigen Prozesse bis zur Beendigung des englischen Rechtsstreits ruhen zu lassen. Der Rechtsstreit der UBS gegen LBBW ist rechtskräftig entschieden. Hieraus folgt, dass KWL an die LBBW keine Zahlungen aus dem sog. GECC CDO erbringen muss. Die vor dem Landgericht Leipzig und dem Oberlandesgericht Dresden anhängigen Prozesse können vor diesem Hintergrund nun wieder aufgerufen und einvernehmlich beendet werden.

Finanzrisiken aus beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten: Nach § 9 Abs. 1 GBBerG in Verbindung mit § 1 SachenR-DV sind kraft Gesetzes zugunsten der Gesellschaft beschränkt persönliche Dienstbarkeiten für öffentliche Ver- und Entsorgungsleitungen entstanden. Voraussetzung hierfür war, dass diese Leitungen bereits am 3. Oktober 1990 vorhanden waren und betrieben wurden. Als Gegenleistung für die dingliche Belastung der Grundstücke und die damit einhergehende Wertminderung steht den Grundstückseigentümern (Stichtag: 11. Januar 1995) eine Entschädigung zu, die sich nach den Wertverhältnissen des Grundstückes, bezogen auf das Jahr 1995, bemisst. Erforderlich für die Auszahlung der Entschädigung ist ein entsprechender Antrag des Grundstückseigentümers. Insgesamt wurde der Wert dieser Entschädigungsbeträge mit circa Mio. EUR 23,1 eingeschätzt. Eine Auszahlung von Mio. EUR 21,6 ist bislang erfolgt. Für die noch zu erwartenden fällig werdenden Zahlungsverpflichtungen besteht eine entsprechende Rückstellung.

Risiken aus CBL-Verträgen: Im Hinblick auf die abgeschlossenen Cross-Border-Lease-Klärwerke-Transaktionen wird ein systematisches Vertragscontrolling durchgeführt. Um jederzeit eine Abschätzung von möglichen Risiken vornehmen zu können, sind neben internen Überwachungen ein spezialisierter externer Berater mit der finanzwirtschaftlichen Vertragsüberwachung sowie eine Rechtsanwaltskanzlei mit der rechtlichen Beratung beauftragt. Zur Risikosteuerung und -minimierung finden regelmäßige Reportings statt. Darüber hinaus wird die Einhaltung einzelner Vertragsinhalte im Rahmen von Einzelfallprüfungen sichergestellt.

Für die Fremdmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten bestehen Zahlungsinstrumente eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating gemäß Standard & Poor's und Moody's. Das Zahlungsprofil des Zahlungsinstruments ist auf die den Wasserwerken geschuldeten Fremdmittelanteile der Leasingraten abgestimmt.

Für die Eigenmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten besteht ein Zahlungsinstrument einer Zweckgesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen den Wasserwerken gegenüber durch ein fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen gesichert hat. Das Portfolio aus US-Staatsanleihen ist zudem zugunsten des Investors verpfändet. Für das Portfolio aus US-Staatsanleihen gibt es keine vertraglich vorgegebenen Ratinganforderungen.

Bei einer vorzeitigen, von den Wasserwerken zu verantwortenden Vertragsauflösung kann sich ein Eventualrisiko aus der Differenz zwischen den für diesen Fall vertraglich vereinbarten Eigenmittel-Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Zahlungsinstrumentes, der dem Marktwert des Portfolios aus US-Staatsanleihen entspricht, ergeben. Zum Jahresende 2017 lag dieser Differenzbetrag bei circa Mio. USD 43. Für diesen Differenzbetrag sind zusätz-

liche Sicherheiten zugunsten des Investors in Form von Bankavalen bei einer deutschen Landesbank bestellt. Für die Bankavale bestehen vertraglich vereinbarte Mindestratings. Da die Bankavale vor Juli 2001 begeben wurden, unterliegen diese der zeitlich uneingeschränkten Gewährträgerhaftung der damaligen Gewährträger.

Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit: In den technischen Bereichen betreiben die Wasserwerke eine Vielzahl von wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie ein Rohr- und ein Kanalnetz mit einer Gesamtlänge von 6.377 km. Daher sind die Wasserwerke technischen Risiken, wie zum Beispiel Störungen oder Ausfällen von Betriebsanlagen, ausgesetzt. Zum Management dieser Risiken betreibt die Gesellschaft ein zertifiziertes Technisches Sicherheitsmanagement. 2014 erhielt die Gesellschaft zum dritten Mal nach den Jahren 2004 und 2009 das durch den DVGW und die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft Abwasser und Abfall e. V. (DWA) ausgereichte Zertifikat. Es bestätigt dem Unternehmen die Einhaltung von gesetzlichen und technischen Anforderungen im technischen Bereich.

Auf Basis der Ergebnisse des Asset Managements sowie der Auswertungen von zustandsorientierten Betrachtungen zum Handlungsbedarf im Bereich Kanalsanierung werden die steigenden Finanzbedarfe regelmäßig in der Langfrist- und Mittelfristplanung abgebildet. Zusätzlich werden die Aufwendungen für zustandserhaltende Reparaturen sukzessive weiter entsprechend dem identifizierten Bedarf und den formulierten Zielen in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Ein geeignetes kennzahlenbasiertes Programmcontrolling unterstützt die Verfolgung der Zielerreichung. Insgesamt ermöglicht das Kanalsanierungsprogramm so ein transparentes Management des Zustandsrisikos bezüglich des Kanalnetzes. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des zurückliegenden Jahres können nun erstmals ein umfassender Abgleich der gesetzten Ziele des Kanalsanierungsprogrammes mit dem kennzahlenbasierten Zielerreichungscontrolling vorgenommen werden und darauf aufbauend die erforderlichen strategischen und operativen Anpassungen erfolgen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des erhöhten Mitteleinsatzes und auch der weiter steigenden Ressourcenbindung auf die mittel- und langfristigen Unternehmenskennzahlen werden fortlaufend mittels des Planungs- und Simulationstools analysiert, mit den Erkenntnissen des Asset Managements abgeglichen und in einer Langfristplanung mit 20-jährigem Planungshorizont abgebildet. Die Ergebnisse bilden die Rahmenbedingungen der zukünftigen Wirtschaftspläne.

Steigende Einwohnerzahlen und auch der Fortschritt von Sanierungsprogrammen im Misch- und Niederschlagswassersystem, wie zum Beispiel bei Mischwassereinleitstellen, führen zu weiter steigenden Mengen und Frachten im Klärwerk Rosental. Spielräume zur Leistungssteigerung der bestehenden Anlage sind heute bis auf wenige Optionen zur verfahrenstechnischen und anlagentechnischen Optimierung ausgeschöpft.

Das Projekt „Kapazitätserweiterung des Klärwerkes Rosental“ (Biologie und Mechanik inklusive Kanalsandannahme) befindet sich derzeit in der Phase der Entwurfsplanung. Neben dem technischen Ausbaukonzept besteht die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, deren umfangreiche Umwelt-Fachgutachten aktuell erarbeitet werden. Zielstellung ist es, die Auswirkungen des Vorhabens auf verschiedene Schutzgüter wie zum Beispiel Grund- und Oberflächenwasser, Luft, Flora und Fauna zu ermitteln und zu bewerten. Im Anschluss werden diese Ergebnisse in die technische Planung eingearbeitet und bilden die Grundlage für die notwendigen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren. Um eine reibungsarme und zeiteffiziente Bearbeitung zu gewährleisten, werden die beteiligten Fachbehörden bereits bearbeitungsbegleitend einbezogen.

Als Grundlage für die zukunftssichere Weiterentwicklung des Wasserversorgungssystems für die Stadt Leipzig und die Region des ZV WALL wurde im Jahr 2016 nach mehrjähriger intensiver Befassung die Arbeit am Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030 abgeschlossen und 2017 die entsprechenden grundlegenden Beschlüsse dazu gefasst. Dabei wurden die Strukturelemente der Trinkwasserproduktion, des Trinkwasserbezuges und der äußeren Verteilung unter den Gesichtspunkten Anlagenstruktur, Zustand, Wirtschaftlichkeit und Bedarfsentwicklung hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit bewertet. Auf dieser Grundlage wurden eine optimale Zielstruktur und ein geeigneter Entwicklungspfad mit zeitlicher Einordnung der investiven Anpassungserfordernisse erarbeitet. Das Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030 ist stringent an dem Ziel der Weiterentwicklung einer sicheren, nachhaltigen, wirtschaftlichen und demografiefesten Versorgungsstruktur ausgerichtet. Damit sind für die kommenden 20 Jahre klare Leitplanken für die Investitionen in Erzeugung und äußere Wasserverteilung vorgegeben. Einige der identifizierten Maßnahmen sind bereits als Planungsleistungen in die aktuelle Mittelfristplanung eingeflossen.

Zur Unterstützung der kennzahlenbasierten Unternehmenssteuerung wurde im Jahr 2015 das betriebliche Kennzahlensystem eingeführt und seitdem fortlaufend funktional erweitert. Heute wird es im gesamten Unternehmen routinemäßig zur Erfassung und Auswertung betrieblicher Kennzahlen angewendet. Die regelmäßigen Auswertungen von Monats- und Quartalsberichten liefern einen deutlichen Beitrag zur internen Prozesstransparenz und zur Verfolgung von Projektzielen und damit auch einen wesentlichen Input zur Steuerungsfähigkeit der Wasserwerke. Die Ergebnisse der Auswertungen des Kennzahlensystems werden regelmäßig mit den Ergebnissen aus den durchgeführten externen Benchmarkingprojekten verschnitten. Das integrierte Kennzahlenmanagement stärkt somit die Reaktionsfähigkeit gegenüber potenziell risikobehafteten Entwicklungen.

Sonstige Risiken: Zur Absicherung sonstiger Schadensfälle und Haftungsrisiken hat die Gesellschaft Versicherungen in angemessener Höhe abgeschlossen.

3.2 Chancenbericht

Auf Basis der gültigen Bevölkerungsprognose der Stadt Leipzig vom 20. April 2016, gestützt durch die reale Entwicklung in den Jahren 2016 und 2017, kann in der Gesamtbetrachtung des Versorgungsgebietes der Wasserwerke mittelfristig weiterhin von einer positiven demografischen Entwicklung ausgegangen werden. Berücksichtigung findet dabei auch die stabile Bevölkerungsentwicklung im Bereich des ZV WALL. Für die Wasserwerke ist damit ein Potenzial zur Steigerung des Trinkwasserabsatzes von durchschnittlich bis zu 200 Tm³ jährlich bis zum Jahr 2025 verbunden. Die Gültigkeit dieses Ansatzes wird regelmäßig mit der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung abgeglichen. So betrug die Steigerung des Trinkwasserabsatzes auf Basis der verkauften Mengen 2017 im Vergleich zum Vorjahr 484 Tm³.

Der Maßgabe einer konservativ-verstetigten Planung zufolge findet dies in der Wirtschaftsplanung Berücksichtigung. Die tatsächliche Mengenentwicklung lässt jedoch darauf schließen, dass bei gleichbleibend hohen Zuwächsen in den Folgejahren weiterhin die Chance auf Realisierung von über Plan liegenden Umsätzen und Erlösen im Kerngeschäft besteht.

Steigende Absatzmengen wirken sich zudem positiv auf die Auslastung der technischen Anlagen der Wasserwerke aus. Daraus resultieren entsprechende wirtschaftliche Chancen für das Unternehmen.

Für die erforderliche Anpassung einzelner Anlagenkomponenten aufgrund der Bevölkerungsentwicklung, wie zum Beispiel die Anpassung der Kapazität des Klärwerkes Rosental an steigende Abwasserfrachten, hat das Unternehmen entsprechende Konzepte und Strategien erarbeitet, auf deren Grundlage die Umsetzungsplanung vorangetrieben wird. Für die Erweiterung des Klärwerkes Rosental läuft gegenwärtig die Genehmigungsplanung zur Erweiterung der mechanischen und der biologischen Reinigungsstufe. Die Ausführungsplanung wurde vorbehaltlich der Ergebnisse der Genehmigungsplanung vorbereitet. Konkrete technische Anpassungsmaßnahmen zur weiteren Steigerung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Anlagenkomponenten befinden sich in der Umsetzung.

Das Strategie- und Performanceprogramm zur Verankerung der übergeordneten Unternehmensziele in der Strategie der Wasserwerke wurde auch im Jahr 2017 dynamisch weiterentwickelt und die Bearbeitung der Projekte vorangetrieben. Bis Ende 2017 wurden 63 Projekte und Maßnahmen als wesentliche strategische Handlungsfelder der Wasserwerke identifiziert. Für 41 Themen sind die Zielausrichtung und zeitliche Einordnung präzise beschrieben. Über die aktive Steuerung und Priorisierung der Arbeit an den strategischen Projekten wird die Konformität zwischen den Gesellschafterzielen und der Ausrichtung des operativen Geschäftes fortlaufend sichergestellt und die Unternehmensentwicklung konsequent in Richtung der Gesellschafterziele vorangetrieben. Das Strategie- und Performanceprogramm trägt so wesentlich dazu bei, die zielkonforme Mittelverwendung über einen robusten Gesamtprozess abzusichern und den Zustand der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur nachhaltig zu verbessern. So sind zum Beispiel im Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030 für Leipzig und die Region die Leitplanken für eine zukunftssichere und wirtschaftliche Ausrichtung der äußeren Trinkwasserversorgungsinfrastruktur definiert. Mittelfristig ergeben sich daraus Chancen hinsichtlich einer effizienten und zielkonformen Entwicklung der Investitionsplanung und Anlagenbewirtschaftung mit weiteren positiven Effekten für Energieeffizienz und Versorgungssicherheit.

Besonderes Augenmerk liegt weiterhin auf Digitalisierungsthemen. Auch dieser Themenkomplex ist fest im Strategie- und Performanceprogramm verankert. Einige Projekte sind bereits abschließend umgesetzt, wie zum Beispiel die Einführung des digitalen Kundenportals. Eine weitere Schärfung des Digitalisierungsportfolios unter konkreter Berücksichtigung unserer betrieblichen Handlungsbedarfe wird auf Grundlage der Ergebnisse einer durchgeführten Workshop-Reihe in das Strategie- und Performanceprogramm einfließen und zur Schärfung der strategischen Ausrichtung beitragen.

Auf Grundlage der positiven Erfahrungen und Ergebnisse in den zurückliegenden Jahren wird für die Wasserwerke insgesamt die Chance gesehen, dass durch die verstärkte Zusammenarbeit in der LVV über die Zielgrößen hinaus mittel- bis langfristig weitere positive Effekte in Bezug auf die allgemeine Performance im Kerngeschäft und die Qualität der Unterstützungsprozesse erreicht werden können. So haben die Wasserwerke dieses Jahr gemeinsam mit den Stadtwerken drei Photovoltaik-Projekte an Kläranlagenstandorten realisiert. Ein weiteres gemeinsames Projekt befindet sich in der Planungsphase und soll im Laufe des Jahres 2018 in die Umsetzung gehen.

Im Hinblick auf die kontinuierliche Verbesserung der Energieeffizienz konnte mit der Bestätigung der Gruppenzertifizierung des Energiemanagementsystems der Wasserwerke und ihrer Beteiligungsunternehmen nach DIN EN ISO 50001 das hohe systemische Niveau für die gesamte Unternehmensgruppe bestätigt werden.

3.3 Prognosebericht

Bezogen auf die Tätigkeit im Kerngeschäft stellen sich die Wasserwerke weiterhin auf sich ändernde Rahmenbedingungen ein. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung des Trinkwasserabsatzes aufgrund der weiterhin steigenden Bevölkerungszahl und eines erneut leicht steigenden Durchschnittsverbrauchs von 91,9 Litern pro Tag und Einwohner auf 92,5 Liter pro Tag und Einwohner. Diese Entwicklung wirkt sich im gleichen Maße auf die zu entsorgenden Schmutzwassermengen aus. Erschließung und Lückenbebauung führen zu weiterer Verdichtung und einem Anstieg der Mengen des zu entsorgenden Niederschlagswassers. Die Wasserwerke setzen sich intensiv und kontinuierlich mit diesem Thema auseinander und bereiten sich auf die Entwicklung der Abnahmemengen vor. Im Kontext der ergriffenen Maßnahmen zur Effizienzoptimierung, Synergiehebung und unterstützt durch die Zielkonkretisierung der strategischen Projekte sowie das Controlling des Strategie- und Performanceprogrammes, wird sich die prognostizierte Geschäftsentwicklung weiter positiv auf die Ertragslage auswirken.

Wichtige strategische Handlungsfelder, wie beispielsweise die Umsetzung und weitere inhaltliche Ausgestaltung des Programmes zur nachhaltigen Kanalsanierung, das kapazitätsbasierte Ausbaukonzept für das Klärwerk Rosental oder auch die im November 2017 erfolgreich durchgeführte Bestätigung der Gruppenzertifizierung des Energiemanagementsystems nach DIN EN ISO 50001 für die Wasserwerke und die Beteiligungsunternehmen, werden im Jahr 2018 zielgerichtet weitergeführt. Das ebenfalls im November 2016 per Gesellschafterbeschluss bestätigte Zukunftskonzept Trinkwasserversorgung 2030 für Leipzig und die Region schafft zusätzlich Klarheit hinsichtlich der Einordnung der Investitionsbedarfe in die Mittel- und Langfristplanung. Im Hinblick auf die im Jahr 2018 gemeinsam mit der Stadt Leipzig abschließend zu bearbeitende Konzeptbetrachtung zur Trinkwassernotversorgung sind klare Randbedingungen gegeben. Auf dieser Grundlage konnte 2017 eine effiziente und zielorientierte Konzeptbearbeitung erfolgen. Die Ergebnisse im Jahr 2018 werden für die weitere organisatorische und technische Härtung des Versorgungssystems maßgeblich und belastbar sein. Gleiches gilt für den im Jahr 2018 geplanten Abschluss des Projektes „Risikomanagement Starkregen“, das ebenfalls 2017 in einer gemeinsamen Projektstruktur mit den Ämtern der Stadt Leipzig erfolgreich bearbeitet wurde.

Von besonderer Relevanz sind für das Jahr 2018 weiterhin die Themen IT-Sicherheit und Digitalisierung. Mit der im Jahr 2016 begonnenen Implementierung eines Informationssicherheitsmanagementsystems werden einheitliche organisatorische und technische Mindeststandards im Unternehmen etabliert und damit auch die Anforderungen des IT-Sicherheitsgesetzes für Betreiber kritischer Infrastrukturen umgesetzt. Darüber hinaus stellt ein funktionierendes Informati-

onssicherheitsmanagement die zentrale Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche und eng am Kerngeschäft sowie am Kundennutzen ausgerichtete weitere Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen dar. Im Strategie- und Performanceprogramm der Wasserwerke sind dazu aktuell 20 Themen mit Digitalisierungsbezug verankert.

Neben diesen Themen steht die programmatische Abarbeitung der Sanierungsbedarfe des bestehenden Anlagevermögens im Fokus unseres Tagesgeschäftes. Die Gesellschaft geht davon aus, den Zustand des Trink- und Abwassernetzes mittelfristig weiter zu verbessern. Für 2018 wird im Trinkwassernetz mit einer im Vergleich zu 2017 weiterhin leicht rückläufigen spezifischen Schadensquote und mit einer tendenziell sinkenden Wasserverlustrate gerechnet. Für das Kanalnetz wird mit der Implementierung des umfassenden Kanalsanierungsprogrammes mittelfristig von einer spürbaren und nachhaltigen Zustandsverbesserung ausgegangen. Die Verringerung des Anteiles der kurz- bis mittelfristigen Sanierungsbedarfe stellt unter Berücksichtigung weiterer Zieldimensionen wie Kosteneffizienz und hydraulischer Belange eines der Hauptziele des Kanalsanierungsprogrammes dar.

Insgesamt werden die beschriebenen Themengebiete sowohl den Betrieb der Anlagen als auch das Investitionsprogramm zusätzlich positiv beeinflussen.

Für das Jahr 2018 plant die Gesellschaft auf dieser Grundlage mit im Vergleich zu 2017 um circa 6,1 % ansteigenden Umsatzerlösen von Mio. EUR 160,2 und mit einem Ergebnis von rund Mio. EUR 28,3 nach Steueraufwand und vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlungen an ihre Gesellschafter. Voraussichtlich im kommenden Geschäftsjahr ist damit zu rechnen, dass sich Prozesskostenerstattungen im Ergebnis der Wasserwerke positiv realisieren werden.

Bereinigt um Sondereffekte stellt sich mittelfristig ein leicht steigendes Ergebnisniveau ein. Zum Ende der Mittelfristplanung wird ein Ergebnisniveau um Mio. EUR 28,0 prognostiziert.

Bezogen auf den Trinkwasserabsatz wird gegenüber dem Istwert 2017 eine Steigerung um 0,7 Mio. m³ und damit 2,3 % erwartet. Der Investitionsplan sieht für 2018 ein Volumen von Mio. EUR 67,1 vor, davon werden Mio. EUR 50,1 durch die Wasserwerke finanziert. Für den Finanzanteil bedeutet dies gegenüber dem Jahr 2017 eine Steigerung um Mio. EUR 6,7. Gegenüber dem Durchschnitt der letzten vier Jahre bedeutet das in Bezug auf den Gesamtwertumfang eine Steigerung um rund 36 % zur Realisierung der identifizierten Investitionsbedarfe, vorwiegend in den Netzbereichen. Für die Folgejahre ist weiterhin ein leicht ansteigendes Niveau der durch die Wasserwerke zu finanzierenden Investitionen geplant.

4 Erklärung zur Unternehmensführung

Aufgrund der durch das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst in §§ 36, 52 GmbHG aufgenommenen Regelungen müssen Unternehmen, die der gesetzlichen Mitbestimmung unterliegen, selbst bestimmte Ziele für den Frauenanteil an Führungspositionen festlegen.

Im Geschäftsjahr 2017 haben die zuständigen Gremien der Wasserwerke neue Zielgrößen festgelegt. Die folgenden Ziele sollen bis zum 31. Dezember 2021 erreicht werden:

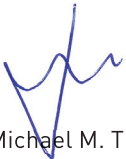
Die festgelegte Zielgröße zur Frauenquote im Aufsichtsrat der Wasserwerke beträgt 30,0 %.

Die Zielgröße zur Frauenquote innerhalb der Geschäftsführung der Wasserwerke bleibt mit der derzeitigen Geschäftsführung bestehen.

Weiterhin wurde festgelegt, an der bestehenden Frauenquote für die obere Managementebene der Wasserwerke von 30,0 % festzuhalten. Für die mittlere Führungsebene wurde eine Zielgröße von 30,0 % festgelegt.

Leipzig, den 18. Mai 2018

Geschäftsführung



Michael M. Theis



Dr. Ulrich Meyer

Anlage zum Lagebericht

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

Bericht zum Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern (Entgelttransparenzgesetz – EntgTranspG)

Dieser nach § 22 Abs. 4 EntgTranspG dem Lagebericht als Anlage beigefügte Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit ist nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

Die Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH agiert als Arbeitgeber familienfreundlich, flexibel und auf Augenhöhe.

Arbeiten bei den Wasserwerken bedeutet:

- anspruchsvolle Aufgaben in kreativen Teams lösen,
- innovatives Arbeitsumfeld.
- kontinuierliche Weiterentwicklung – fachlich, persönlich und innerhalb der Organisation,
- flexible Arbeitsbedingungen und
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ziel der Personalstrategie in der Leipziger Gruppe ist es, die Ausübung der verschiedenen Aufgaben sowie die Besetzung vakanter Positionen mit geeigneten Fach- und Führungskräften unabhängig vom Geschlecht sicherzustellen. Dabei wird grundsätzlich darauf geachtet, dass bei der Besetzung von offenen Stellen, insbesondere in der oberen Führungsebene und in technischen Berufen, im Rahmen der Sozialverträglichkeit und bei vergleichbarer Qualifikation Frauen bevorzugt Berücksichtigung finden sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang gibt es die Festschreibung der Frauenquote im oberen und mittleren Management auf mindestens 30 % sowie folgende Überlegungen, den Anteil weiblicher Fach- und Führungskräfte zu erhöhen und die Attraktivität als Arbeitgeber im Raum Leipzig zu verbessern:

- prozentuale Festschreibung des Frauenanteils bei der Initiierung von Entwicklungsprogrammen,
- Monitoring und individuelle Personalentwicklungsmöglichkeiten für weibliche Absolventen Dualer Studiengänge, Teilnehmerinnen an Entwicklungsprogrammen und weibliche Führungskräfte,
- erhöhte Rekrutierung von weiblichen Auszubildenden auch für gewerblich-technische Ausbildungsgänge und von dual Studierenden,
- Prüfung von familienfreundlichen, modernen Arbeitsmodellen auch für Führungskräfte der ersten Ebene, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen (Teilzeit, Working from home, Job Sharing, Familien-Auszeit, Lebensarbeitszeit).

Relevant für die Vergütung ist die Ausübung und Befähigung für eine Aufgabe/Stelle, nicht das Geschlecht. Alle berichtspflichtigen personalführenden Unternehmen der Leipziger Gruppe verfügen über einen Tarifvertrag.

Stellenbewertungsgrundsätze sind in den jeweiligen Tarifverträgen geregelt oder werden entsprechend angewendet.

Die verschiedenen Stellen im Unternehmen sind bewertet und eingruppiert. Die Vergütung ist abhängig von der Bewertung der Position und nicht vom Stelleninhaber.

Der Stelle ist eine Entgeltgruppe zugeordnet. Im Vergütungstarifvertrag sind überblicksartig Aufgabeninhalte und Qualifikationsanforderungen für die jeweilige Vergütungsgruppe ersichtlich. Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter, die oder der einem Stellenprofil entspricht, erhält diese Zielentgeltgruppe, sofern alle Voraussetzungen erfüllt sind, unabhängig vom Geschlecht.

Unternehmen Berichtszeitraum 2017

	Frauen	Männer	Gesamtzahl	Frauenanteil
Beschäftigte*	209	331	540	38,7 %
davon: Vollzeit	164	328	492	33,3 %
davon: Teilzeit	45	3	48	93,8 %

Unternehmen Berichtszeitraum 2016

	Frauen	Männer	Gesamtzahl	Frauenanteil
Beschäftigte*	218	316	534	40,8 %
davon: Vollzeit	180	313	493	36,5 %
davon: Teilzeit	38	3	41	92,7 %

* gemäß HGB § 267 Abs. 5

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

Aktiva	in TEUR	
	31.12.2017	31.12.2016
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Softwarelizenzen und ähnliche Rechte	1.787	2.151
2. Grunddienstbarkeiten	1.070	1.069
	2.857	3.220
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	59.876	60.714
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	2.545	2.592
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	5.898	5.880
4. Trinkwassergewinnungs- und Abwasserreinigungsanlagen	54.410	56.096
5. Wasserverteilungs- und Abwassersammlungsanlagen	772.644	756.015
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	1.311	1.352
7. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.376	3.189
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.323	32.621
	929.383	918.459
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.681	2.681
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.436	436
3. Beteiligungen	0	0
	5.117	3.117
	937.357	924.796
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	352	374
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	70.786	81.070
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.785	2.593
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4	3
4. Forderungen gegen Gesellschafter	37.493	15.460
5. Sonstige Vermögensgegenstände	835	924
	111.903	100.050
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	8	21
	112.263	100.445
C. Rechnungsabgrenzungsposten	342	386
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	453	515
	1.050.415	1.026.142

Passiva

in TEUR

	31.12.2017	31.12.2016
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	10.100	10.100
II. Kapitalrücklage	262.429	262.380
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	12.937	12.937
IV. Jahresüberschuss	0	0
	285.466	285.417
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel		
1. Fördermittel der Kommunen, unentgeltliche Übernahme von Gegenständen des Anlagevermögens sowie unter Beteiligung Dritter errichtete Anlagen	275.726	281.316
2. Verrechenbare Abwasserabgabe	42.993	44.299
	318.719	325.615
C. Empfangene Ertragszuschüsse	78.188	77.182
D. Empfangene Ertragszuschüsse für Wiederbeschaffungszeitwerte	8.177	4.096
E. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.899	1.859
2. Steuerrückstellungen	10	10
3. Sonstige Rückstellungen	46.953	57.933
	48.862	59.802
F. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.793	28.614
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	33.127	42.579
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.281	10.743
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.857	6.852
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	164	163
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	209.606	162.112
7. Sonstige Verbindlichkeiten	24.314	19.700
davon aus Steuern: TEUR 1.749 (Vj.: TEUR 2.131)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 3 (Vj.: TEUR 58)		
	308.142	270.763
G. Rechnungsabgrenzungsposten	2.861	3.267
	1.050.415	1.026.142

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

	in TEUR	
	2017	2016
1. Umsatzerlöse	150.939	145.087
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	351	363
3. Sonstige betriebliche Erträge	21.626	22.502
	172.916	167.952
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	13.654	13.408
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	28.292	27.615
	41.946	41.023
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	26.103	25.147
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: TEUR 406 (Vj.: TEUR 299)	5.410	5.037
	31.513	30.184
6. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	40.714	41.252
b) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG	62	65
	40.776	41.317
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	24.381	29.743
	138.616	142.267
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2.488	2.190
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 33 (Vj.: TEUR 4)	318	1.301
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: TEUR 3.219 (Vj.: TEUR 2.739)	4.801	4.658
	-1.995	-1.167
11. Ergebnis vor Steuern	32.305	24.518
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.009	305
13. Ergebnis nach Steuern	30.296	24.213
14. Sonstige Steuern	208	209
15. Ausgleichszahlungen an den Minderheitsgesellschafter	10.788	507
16. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	19.300	23.497
	-30.088	-24.004
17. Jahresüberschuss	0	0

Anhang für das Geschäftsjahr 2017

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

1 Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

Die Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (Wasserwerke), hat ihren Sitz in Leipzig. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Leipzig unter HRB 3775 eingetragen.

Dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 liegen die Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) über die Rechnungslegung von großen Kapitalgesellschaften, des Einführungsgesetzes zum HGB (EGHGB) sowie die ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und das Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DMBilG) zugrunde.

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach den Vorschriften des § 266 HGB.

Die Gliederung des Anlagevermögens wird – stetig zum Vorjahr – gemäß § 265 HGB erweitert, um die Besonderheiten eines Wasser- und Abwasserunternehmens besser abzubilden.

Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, überwiegend im Anhang aufgeführt.

Das „Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG“ wird auf der Aktivseite ergänzend ausgewiesen. Auf der Passivseite ist die Gliederung der Bilanz um den „Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel“, um „Empfangene Ertragszuschüsse“ und um „Empfangene Ertragszuschüsse für Wiederbeschaffungszeitwerte“ erweitert.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB. Der Posten „Abschreibungen“ ist um die „Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG“ erweitert. Des Weiteren wurde die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung um den Posten „Ergebnis vor Steuern“ ergänzt.

Als verbundene Unternehmen werden alle Unternehmen angesehen, an denen die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist (Control-Konzept).

2 Erläuterungen zu den Posten von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden unverändert im Vergleich zum Vorjahr angewandt.

2.1.1 Aktivseite

Anlagevermögen: Die immateriellen Vermögensgegenstände (entgeltlich erworbene Softwarelizenzen und ähnliche Rechte sowie Grunddienstbarkeiten) sind mit den Anschaffungskosten (§ 255 Abs. 1 HGB), – soweit abnutzbar – vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bei Zugängen pro rata temporis, bewertet. Die Sachanlagen sind grundsätzlich mit den Werten der D-Markeröffnungsbilanz (Zugänge vor dem 1. Juli 1990) beziehungsweise mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 255 Abs. 1 und 2 HGB), – soweit abnutzbar – vermindert um planmäßige linear pro rata temporis nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommene Abschreibungen, bewertet.

Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern werden bei branchenspezifischen Anlagen wie Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, Trinkwassergewinnungs- und Abwasserreinigungsanlagen, Wasserverteilungs- und Abwassersammelanlagen sowie Maschinen und maschinellen Anlagen aus den steuerlichen Abschreibungstabellen für Energie- und Wasserversorgung abgeleitet.

Soweit erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund von dauernden Wertminderungen vorgenommen.

Durch Zuschüsse (mit)finanzierte Anlagegüter werden mit ihren ungekürzten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten ausgewiesen und die damit in Zusammenhang stehenden Zuschüsse als Sonderposten passiviert.

Unentgeltlich übernommene Sachanlagen sind mit ihrem Verkehrswert angesetzt und erfolgsneutral aktiviert (korrespondierender Ansatz im Sonderposten).

Die im Geschäftsjahr angeschafften geringwertigen Anlagegüter im Wert von EUR 150,00 bis EUR 410,00 werden sofort vollständig abgeschrieben.

Geleistete Anzahlungen werden zum Nennwert bilanziert, die Bewertung der Anlagen im Bau erfolgt zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen neben den verpflichtenden Bestandteilen gemäß § 255 Abs. 2 HGB auch angemessene Teile der Verwaltungsgemeinkosten und der Sozialkosten (handelsrechtliche Wertobergrenze).

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten und bei dauernden Wertminderungen vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert worden.

Umlaufvermögen: Die Bewertung der Vorräte erfolgt grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips und der Berücksichtigung eines Mengenrisikos.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbare Ausfallrisiken und das allgemeine Kreditrisiko werden durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die länger als ein Jahr fällig sind, wurden zu 100 % wertberichtigt. Für alle übrigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde ein pauschaliertes Verfahren angewendet, wobei je nach Alter der Forderung ein prozentualer Abschlag vorgenommen worden ist.

Die flüssigen Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten) sind zum Nominalwert angesetzt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

Das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG ist korrespondierend mit der Rückstellungsbildung in der D-Markeröffnungsbilanz abzüglich zwischenzeitlicher Auflösungen und Verbräuche der betreffenden Rückstellungen angesetzt.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen der Bilanzpositionen ermittelt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Aufgrund der körperschaft- und gewerbesteuerlichen Organschaft mit der LVV als Organträgerin ist die LVV alleinige Steuerschuldnerin, das heißt, auch tatsächliche und latente Steuern der Wasserwerke sind vollständig im Jahresabschluss der LVV auszuweisen, da sie allein die Besteuerungsfolgen treffen.

2.1.2 Passivseite

Das Eigenkapital wird zum Nennwert bilanziert. Als gezeichnetes Kapital ist das Stammkapital laut Gesellschaftsvertrag ausgewiesen.

Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel zum Anlagevermögen für Zugänge bis einschließlich 2011 erfolgt mit einem Abschreibungssatz von 2,5 % entsprechend der durchschnittlichen Abschreibungsdauer der bezuschussten Sachanlagen. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel zum Anlagevermögen für Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2012 erfolgt planmäßig entsprechend dem Abschreibungsverlauf der bezuschussten Sachanlagen.

Für Investitionen, die der Umweltverbesserung dienen, ist die Abwasserabgabe verrechenbar. Der Sonderposten für verrechenbare Abwasserabgabe wird objekt- und vorhabenbezogen entsprechend der jeweiligen Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ergebniswirksam aufgelöst.

Die empfangenen Ertragszuschüsse für Zugänge bis einschließlich 2011 im Bereich Trinkwasser sind mit den Ursprungswerten, vermindert um die jährliche 2,5%ige Auflösung, die empfangenen Ertragszuschüsse im Bereich Abwasser mit den Ursprungswerten, vermindert um die jährliche 5%ige Auflösung, bilanziert. Für die Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2012 erfolgt die Auflösung planmäßig entsprechend dem Abschreibungsverlauf der betroffenen Sachanlagen.

Für die Preisperiode 2016/2017 haben die Wasserwerke erstmalig kalkulatorische Abschreibungen auf der Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten (WBZW) gemäß § 13 Abs. 1 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Preiskalkulation zum Ansatz gebracht. Als WBZW wird dabei der zum Zeitpunkt der Ermittlung anzusetzende Wert des Anlagevermögens, den die Gesellschaft für die Erneuerung eines Vermögensgegenstandes durch den Gegenstand gleicher Art und Güte zahlen müsste, verstanden. Nach § 13 Abs. 4 SächsKAG sind, sofern Abschreibungen auf Basis von WBZW zugrunde gelegt werden, sich daraus gegenüber einer Kalkulation mit Anschaffungs- und Herstellungskosten ergebende Mehrerträge einem Sonderposten zuzuführen und wie ein Ertragszuschuss zu behandeln. Der Sonderposten wurde erstmalig im Jahr 2016 anlagenklassenbezogen gebildet. Ab dem Zeitpunkt der Vornahme von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Folgeperioden ist der Sonderposten unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Nutzungsdauer der Investitionen planmäßig ertragswirksam aufzulösen. Im Jahr 2017 wurden getätigten Investitionen erstmalig Beträge aus dem angesammelten Sonderposten zugeordnet. Die daraus resultierenden Auflösungsbeträge belaufen sich im Jahr 2017 auf TEUR 121.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle bei der Bilanzierung erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Ihre Bewertung ist in Höhe des unter Beachtung des Grundsatzes der vernünftigen kaufmännischen Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages erfolgt. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Für Pensionszusagen, Jubiläumszahlungen und Regelungen für den Übergang in die Altersrente sind Rückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten gebildet. Die Pensions- und Jubiläumsrückstellungen werden nach der Projected-Unit-Credit-Methode und die Verpflichtungen aus Altersübergangsregelungen einschließlich des Ausgleichs für Rentenminderung nach dem Teilwertverfahren – jeweils unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck – ermittelt. Dabei werden Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie erwartete Rentenerhöhungen mit 1,5 % berücksichtigt.

Die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen sowie der Rückstellung aufgrund gesonderter Regelungen für den Übergang in die Altersrente ist auf Basis des von der Deutschen Bundesbank Ende Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB), erfolgt. Dieser Zinssatz wurde für das Jahresende fortgeschrieben auf 3,67 %. Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen und der Rückstellung aufgrund gesonderter Regelungen für den Übergang in die Altersrente mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag von TEUR 403.

Die Bewertung der Jubiläumsrückstellung erfolgte zudem unter der Berücksichtigung einer Fluktuation von 1 % pro Jahr und auf Basis des von der Deutschen Bundesbank Ende Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Jahre, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz wurde für das Jahresende fortgeschrieben auf 2,80 %.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Erhaltene Abschlagszahlungen der Kunden werden nach Abzug der abgeführten Umsatzsteuer bis zur nächsten Verbrauchsabrechnung als erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Einnahmen, die Erträge nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

2.1.3 Cross-Border-Lease

Am 16. Juni 2000 schlossen die Wasserwerke zwei Cross-Border-Lease-Transaktionen mit den Klärwerken Lindenthal und Rosental (Trust A) sowie Markkleeberg, Markranstädt und Taucha (Trust B). Diese Verträge beinhalten die Vermietung/Rückmietung der Klärwerke mit Kaufoption, bei deren Ausübung der Cross-Border-Lease im Jahr 2025 beendet werden kann. Der erhaltene Barwertvorteil ist passivisch abgegrenzt und wird über einen Zeitraum von 25 Jahren aufgelöst. Im Rahmen der Vertragsregelungen verpflichten sich die Wasserwerke unter anderem zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Durchführung entsprechender Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen an den Klärwerken.

Die in die Leasingtransaktionen eingebrachten Sachanlagen werden aufgrund des unverändert fortbestehenden rechtlichen und wirtschaftlichen Eigentums weiterhin unter den Sachanlagen bilanziert.

2.1.4 Fremdwährungen

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden mit dem Devisenkassamittelkurs zum Zeitpunkt der Erstverbuchung erfasst. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Im Falle einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden dabei die §§ 253 Abs. 1 Satz 1 und 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB nicht angewendet (§ 256a HGB).

2.2 Erläuterungen zur Bilanz

2.2.1 Anlagevermögen

Die Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens sowie die Zusammensetzung der Finanzanlagen werden in der Anlage zu diesem Anhang dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Sachanlagen aus Erschließungsmaßnahmen mit einem Verkehrswert von Mio. EUR 5,1 unentgeltlich übernommen und gleichzeitig im Sonderposten aus Investitionszuschüssen und Fördermitteln erfasst.

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen betreffen ein längerfristiges Darlehen an die Sportbäder Leipzig GmbH in Höhe von TEUR 2.436.

Die Anschaffungskosten für die Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau (FEO), sind wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung vollständig abgeschrieben.

2.2.2 Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten

Die Vorräte betreffen Lagermaterial. Aufgrund der unverändert rollierend vorgenommenen Jahresverbrauchsablesung enthalten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus umfangreichen Hochrechnungen des Verbraucherverhaltens ermittelte Teilbeträge von Mio. EUR 43,4 (Vj.: Mio. EUR 55,6).

Die Pauschalwertberichtigung auf diese Forderungen abzüglich erhaltener Anzahlungen wurde mit 1 % in Höhe von TEUR 102 angesetzt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind bis auf die folgenden Beträge alle mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr fällig:

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	in TEUR	
	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	382	331
Sonstige Vermögensgegenstände	33	45
	415	376

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr resultieren aus Ratenzahlungsverträgen.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** (TEUR 2.785; Vj.: TEUR 2.593) enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 296; Vj.: TEUR 399), Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen (TEUR 2.488; Vj.: TEUR 2.190) und sonstige Weiterberechnungen (TEUR 1; Vj.: TEUR 4).

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen ausschließlich Lieferungen und Leistungen.

Forderungen gegen Gesellschafter bestehen insgesamt in Höhe von TEUR 37.493 (Vj.: TEUR 15.460). Davon betreffen das verbundene Unternehmen LVV TEUR 33.714 (Vj.: TEUR 11.547), die aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 1; Vj.: TEUR 1), aus Steuerforderungen (TEUR 65 (Vj.: TEUR 129), aus Rückforderung Ergebnisabführung (TEUR 9.589) sowie aus Cash-Pool-Forderungen (TEUR 24.059; Vj.: TEUR 11.417) resultieren. Die Forderungen gegen den ZV WALL von TEUR 3.779 (Vj.: TEUR 3.913) betreffen Lieferungen und Leistungen (Straßenoberflächenentwässerung) von TEUR 3.772 (Vj.: TEUR 3.723) sowie Kapitalertragsteuer von TEUR 7 (Vj.: TEUR 80).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet wie zum Vorjahresbilanzstichtag im Wesentlichen die vorausgezählten Vermögensverwaltungsgebühren (TEUR 297), die jährlich und anteilig bis zum Jahr 2033 aufgelöst werden.

2.2.3 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt TEUR 10.100 (Anteil der LVV: TEUR 7.540; Anteil des ZV WALL: TEUR 2.560).

Das Gebiet Lindelbach (Mitglied im ZV WALL) ist zum 1. Januar 2017 in das Entsorgungsgebiet der Wasserwerke vollständig integriert. Die Gemeinden Machern und Jesewitz des Gebietes Lindelbach führen daher letztmalig die ihnen zustehenden Anteile an der Ausgleichszahlung an den ZV WALL zugunsten der Wasserwerke ab (sonstige Zuzahlung in die Kapitalrücklage). Dementsprechend wurden im Berichtsjahr aus der Ausgleichszahlung 2016 insgesamt TEUR 29 der Kapitalrücklage zugeführt. Weiterhin gab es eine Zuführung zur Kapitalrücklage von aufgefundenem Anlagevermögen im Gebiet Lindelbach von TEUR 20.

Am 18. November 2002 haben die LVV und die Wasserwerke einen Ergebnisabführungsvertrag (EAV) geschlossen (eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Leipzig am 21. November 2002). Der ZV WALL erhält danach als außenstehender Anteilseigner eine feste und eine variable Ausgleichszahlung.

Mit einer Änderungsvereinbarung zum EAV vom 22. Oktober 2013 zwischen den Wasserwerken und der LVV erfolgte dessen Anpassung an die aktuelle Rechtslage. Zu den Zahlungsmodalitäten von Gewinnabführung an die LVV und Ausgleichszahlung an den ZV WALL wurde eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen den Wasserwerken und ihren Gesellschaftern geschlossen, die im Wesentlichen unterjährige Vorauszahlungen auf die sich planmäßig ergebende Gewinnabführung an die LVV und die Ausgleichszahlungen an den ZV WALL beinhaltet.

Vom Jahresergebnis der Wasserwerke fließen der LVV TEUR 19.300 zu. Der Mitgesellschafter – der Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land (ZV WALL) – erhält für das Geschäftsjahr 2017 eine Ausgleichszahlung von TEUR 10.788. Da der ZV WALL in Vorjahren lediglich eine feste Mindestausschüttung erhalten hat, führt der positive Ausgang der CDO-Prozesse in Verbindung mit der Auflösung der Rückstellung (bei der LVV) aus der Freistellung der Wasserwerke zu einer höheren variablen Ausgleichszahlung zulasten der Gewinnabführung an die LVV.

2.2.4 Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen von TEUR 1.899 betreffen die Verpflichtung auf Gewährung von Hinterbliebenenversorgung beziehungsweise die Pensionszusage für einen ehemaligen Geschäftsführer.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich spezifische Umsatzrisiken gemäß dem SächsKAG (TEUR 21.516), Abwasserabgaben gemäß dem Abwasserabgabengesetz (TEUR 6.266), Prozesskosten (TEUR 1.678, nahezu ausschließlich CDO-Transaktionen betreffend), Entschädigungen für nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz noch nicht eingetragene Grunddienstbarkeiten (TEUR 1.500), Regelungen für den Übergang in die gesetzliche Rente einschließlich des Ausgleiches für Rentenminderung (TEUR 2.830), die Altlastensanierung (TEUR 453), unterlassene Instandhaltungen (TEUR 4.370) und Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (TEUR 4.609). Rückstellungen, für die sich zum 1. Januar 2010 nach den Bewertungsvorschriften des HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ein Auflösungsbetrag ergeben hätte, wurden in der ursprünglichen Höhe beibehalten (Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB). Zum 31. Dezember 2017 liegt der insoweit nach Artikel 67 Abs. 1 Satz 4 EGHGB anzugebende Betrag der Rückstellungsüberdeckung nach Berücksichtigung von zwischenzeitlichen Verbräuchen, Auflösungen und gekürzten Zuführungen noch bei TEUR 20.

Langzeitkonten: Mit Tarifvertrag vom 1. Dezember 2011 regelten die Wasserwerke die Einführung und den Umgang mit Langzeitkonten. Demnach können die Mitarbeiter Gehaltsbestandteile und/oder Urlaubstage beziehungsweise erbrachte Überstunden in Wertkonten umwandeln. Die Beträge (TEUR 618; Vj.: TEUR 547) werden zugunsten der Mitarbeiter angelegt (Deckungsvermögen). Wertsteigerungen stehen den Mitarbeitern zu, wobei die Wasserwerke mindestens den angelegten Betrag garantieren. Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens zum Bilanzstichtag beträgt TEUR 618 (Vj.: TEUR 547). Die Mitarbeiter können die hinterlegten Beträge zur Auszahlung innerhalb einer langfristigen Freistellung verwenden. Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfolgte eine Verrechnung des Zeitwerts der Wertkonten mit der gegenüberstehenden Rückstellung (analog zu wertpapiergebundenen Versorgungszusagen)

sowie der Erträge aus Wertsteigerungen mit den Aufwendungen zur Dotierung der Rückstellung (TEUR 8; Vj.: TEUR 7). Aufgrund der vorzeitigen Auszahlung eines Teilbetrages aus dem Deckungsvermögen zur Auszahlung an Mitarbeiter an die Wasserwerke ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Verpflichtungsüberhang von TEUR 5.

2.2.5 Verbindlichkeiten

In der nachfolgenden Tabelle sind die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten dargestellt:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit			in TEUR
	bis zu einem Jahr (31.12.2016)	von einem bis zu fünf Jahren (31.12.2016)	über fünf Jahre (31.12.2016)	Gesamt 31.12.2017 (31.12.2016)
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.177 (8.827)	10.656 (11.168)	5.960 (8.619)	19.793 (28.614)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	33.127 (42.579)	0 (0)	0 (0)	33.127 (42.579)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.231 (10.693)	50 (50)	0 (0)	12.281 (10.743)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.857 (6.852)	0 (0)	0 (0)	8.857 (6.852)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	164 (163)	0 (0)	0 (0)	164 (163)
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	31.684 (20.494)	80.861 (63.593)	97.061 (78.025)	209.606 (162.112)
7. Sonstige Verbindlichkeiten	24.314 (19.700)	0 (0)	0 (0)	24.314 (19.700)
	113.554 (109.308)	91.567 (74.811)	103.021 (86.644)	308.142 (270.763)

Für einen Teil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von TEUR 19.754 sowie für einen Teil der Verbindlichkeiten gegenüber der LVV von TEUR 173.271 existieren Negativerklärungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** resultieren aus dem Cash Management (TEUR 4.906; Vj.: TEUR 3.010), aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 3.714; Vj.: TEUR 3.714), übrigen Verbindlichkeiten (TEUR 173; Vj.: TEUR 0) und aus sonstigen Steuern (TEUR 64; Vj.: TEUR 128).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen wie zum Vorjahresstichtag Lieferungen und Leistungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern** bestehen gegenüber dem verbundenen Unternehmen LVV mit TEUR 191.522 (Vj.: TEUR 154.145) und gegenüber dem ZV WALL mit TEUR 18.084 (Vj.: TEUR 7.967).

Die Verbindlichkeiten gegenüber der LVV beinhalten Verbindlichkeiten aus Darlehen (TEUR 191.049; Vj.: TEUR 148.232), abgegrenzten Zinsen (TEUR 143; Vj.: TEUR 4) sowie aus sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 330; Vj.: TEUR 5.270).

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem ZV WALL betreffen die Schuldübernahme eines Darlehens der Sächsischen Aufbaubank im Zusammenhang mit der Teilbetriebsübernahme Lindelbach (TEUR 6.569; Vj.: TEUR 6.789), abgegrenzte Zinsen (TEUR 61; Vj.: TEUR 63), sonstige Verbindlichkeiten (TEUR 50; Vj.: TEUR 0), Ausgleichszahlungen (TEUR 10.324; Vj.: TEUR 42) und Konzessionsabgabeverpflichtungen (TEUR 1.080; Vj.: TEUR 1.073).

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus im Voraus erhaltenen, noch nicht gerichtlich entschiedenen Prozesskostenerstattungen im Zusammenhang mit dem Londoner Gerichtsprozess zu CDO-/CDS-Transaktionen (TEUR 16.348, zum Teil in Fremdwährung), ferner Verbindlichkeiten aus Steuern sowie Kundenüberzahlungen beziehungsweise Sicherheitsleistungen.

2.2.6 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Wasserwerke haben im Jahr 2000 Cross-Border-Lease-Transaktionen für Klärwerke abgeschlossen. Der sich aus der Auszahlung an die Wasserwerke abzüglich der Transaktionskosten und der Avalprovision ergebende Barwertvorteil von insgesamt TEUR 9.958 aus diesen Geschäften wird über die Laufzeit von 25 Jahren, entsprechend dem Vertrag, zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

2.3.1 Umsatzerlöse

Es wurden im Inland Umsätze von TEUR 150.939 erzielt. Davon entfallen auf:

Umsatzerlöse	in TEUR	
	2017	2016
Hauptleistungen	148.574	142.559
davon: Abgabe von Trinkwasser (inklusive Umsatzgutschrift bzw. -minderung aus der Rückstellung für Umsatzrisiken)	73.592	71.759
davon: Behandlung von Abwasser (inklusive Umsatzgutschrift bzw. -minderung aus der Rückstellung für Umsatzrisiken)	74.982	70.800
Nebenleistungen	2.460	2.484
Saldo aus Auflösung /Zuführung empfangener Ertragszuschüsse	-95	44
	150.939	145.087

In den Umsatzerlösen aus Abwasser sind Mio. EUR 30,2 (Vj.: Mio. EUR 29,6) für die Entsorgung des Niederschlagswassers enthalten. Die Vermessung der zu entsorgenden Fläche unterliegt einer ständigen Präzisierung. Die Veränderung des Saldos aus der Auflösung/Zuführung empfangener Ertragszuschüsse zum Vorjahr resultiert aus gesunkenen Erträgen aus der Auflösung von Ertragszuschüssen vor Berücksichtigung des Sonderposten für Ertragszuschüsse aus Wiederbeschaffungszeitwerten. Die Zuführung zum Sonderposten Ertragszuschüsse aus Wiederbeschaffungszeitwerten ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen Mio. EUR 4,2 (Vj.: Mio. EUR 4,1). Gegenläufig wirken erstmalig Auflösungserträge aus diesem Sonderposten in Höhe von TEUR 121 (Vj.: TEUR 0).

Die **Umsatzerlöse** enthalten periodenfremde Erträge von TEUR 124 (Vj.: TEUR 0) und periodenfremde Umsatzminderungen von TEUR 83 (Vj.: TEUR 701).

2.3.2 Übrige Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Fördermittel sowie Verrechenbare Abwasserabgabe (TEUR 16.486) und ferner periodenfremde Erträge von TEUR 2.938 enthalten, die aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 2.191), aus Erstattung Umsatzsteuer (TEUR 175), aus Rückzahlung von Gewässerunterhaltung (TEUR 85), aus Gutschriften (TEUR 38), aus einzelwertberichtigten beziehungsweise abgeschriebenen Forderungen (TEUR 67), Erstattung von Energie- und Stromsteuer (TEUR 352), aus dem Abgang von Anlagevermögen (TEUR 18) und aus dem Abgang von Sonderposten (TEUR 12) resultieren.

Unter den **Abschreibungen** sind Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG (TEUR 62) ausgewiesen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten periodenfremde Aufwendungen von TEUR 1.427. Sie betreffen Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen (TEUR 1.131), eine Forderungskorrektur für die Löschwasserbereitstellung (TEUR 103), Ausbuchungen und Wertberichtigungen auf Forderungen (TEUR 161) und übrigen sonstigen betrieblichen Aufwand (TEUR 32). Des Weiteren sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Fremdwährungs- und Kursverluste von TEUR 85 (Vj.: TEUR 0) enthalten.

Die **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** enthalten periodenfremde Bestandteile aus der Abzinsung des zugeführten Betrages zur Rückstellung für Umsatzrisiken des Vorjahres (TEUR 94) und sonstige periodenfremde Zinserträge (TEUR 12).

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** enthalten periodenfremde Bestandteile aufgrund von Aufzinsungsbeträgen der Rückstellung für Umsatzrisiken (TEUR 219) und sonstigen periodenfremden Zinsaufwand (TEUR 2).

Aus der Ab- und Aufzinsung von Rückstellungen resultieren Zinserträge von TEUR 251 (Vj.: TEUR 1.259) und Zinsaufwendungen von TEUR 707 (Vj.: TEUR 631).

2.3.3 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund der vertraglich vereinbarten Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter ist die auf die bisherige Mindestausgleichszahlung anfallende Kapitalertragsteuer bereits im Berichtsjahr als Vorauszahlung geleistet worden.

3 Angaben zum Jahresergebnis

Der Jahresgewinn vor Gewinnabführung an die LVV und vor Ausgleichszahlung an den ZV WALL beträgt Mio. EUR 30,1 (Vj.: Mio. EUR 24,0).

4 Ergänzende Angaben

Die LVV stellt einen für die Wasserwerke gemäß § 291 HGB befreienden Konzernabschluss (für den größten und kleinsten Konsolidierungskreis) nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften auf, in den die Wasserwerke und ihre wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen werden und der im Bundesanzeiger offengelegt wird.

4.1 Haftungsverhältnisse

4.1.1 Cross-Border-Lease-Transaktion (CBL)

Es bestehen Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften.

Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für die Fremdmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten bestehen Zahlungsinstrumente eines Finanzinstituts mit Investment-Grade-Rating gemäß Standard & Poor's und Moody's. Das Zahlungsprofil des Zahlungsinstruments ist auf die von den Wasserwerken geschuldeten Fremdmittelanteile der Leasingraten abgestimmt. Der Saldo der Fremdmittel-Zahlungsinstrumente zum Jahresende 2017 liegt bei circa Mio. USD 165,0.

Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Für die Eigenmittelanteile der von den Wasserwerken geschuldeten Leasingraten besteht ein Zahlungsinstrument einer Zweckgesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Wasserwerken durch ein fristen- und betragskonformes Portfolio aus US-Staatsanleihen gesichert hat. Das Portfolio aus US-Staatsanleihen ist zudem zugunsten des Investors verpfändet. Für das Portfolio aus US-Staatsanleihen gibt es keine vertraglich vorgegebenen Ratinganforderungen.

Bei einer vorzeitigen, von den Wasserwerken zu verantwortenden Vertragsauflösung kann sich ein Eventualrisiko aus der Differenz zwischen den für diesen Fall vertraglich vereinbarten (Eigenmittel-)Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Zahlungsinstrumentes, der dem Marktwert des Portfolios aus US-Staatsanleihen entspricht, ergeben. Zum Jahresende 2017 lag dieser Differenzbetrag bei circa Mio. USD 43,0. Für diesen Differenzbetrag sind zusätzliche Sicherheiten zugunsten des Investors in Form von Bankavalen bei einer deutschen Landesbank bestellt. Für die Bankavale bestehen vertraglich vereinbarte Mindestratings. Da die Bankavale vor Juli 2001 begeben wurden, unterliegen diese der zeitlich uneingeschränkten Gewährträgerhaftung der damaligen Gewährträger.

4.1.2 CDO-/CDS-Transaktionen

Zu den in den Jahren 2006 und 2007 abgeschlossenen CDO-Transaktionen erging am 4. November 2014 ein Urteil des High Court of Justice in London. Nach diesem Urteil, welches vom Court of Appeal, London, am 16. Oktober 2017 in zweiter Instanz bestätigt worden ist, sind die Wasserwerke nicht dazu verpflichtet, Zahlungen an die an den Transaktionen beteiligten Banken in Höhe von rund Mio. EUR 260,0 zuzüglich Zinsen und Kosten zu leisten. Zuletzt scheiterte UBS am 10. April 2018 beim Supreme Court in London mit einem Antrag auf Zulassung einer weiteren Berufung. Weitere Rechtsmittel stehen UBS nicht mehr zur Verfügung. Damit ist der Londoner Rechtsstreit in der Hauptsache beendet.

4.1.3 Patronatserklärung

Im Jahr 2006 haben die Wasserwerke gegenüber der HypoVereinsbank für das Tochterunternehmen Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig, eine Patronatserklärung für gegenwärtige und künftige Kredit- und Finanzdienstleistungen abgegeben, die vorrangig zur Investitionsfinanzierung für eine Schwimmhalle und zur Absicherung des Bäderbetriebes dienen

(Darlehensinanspruchnahme zum 31. Dezember 2017: TEUR 2.392). Eine Inanspruchnahme der Wasserwerke ist langfristig nahezu auszuschließen, da eine auskömmliche Finanzierung des Tochterunternehmens im Rahmen vertraglicher Zuwendungen der Stadt Leipzig erfolgt (Bäderleistungsfinanzierungsvertrag bis 2022).

4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Das **Bestellobligo** beträgt zum 31. Dezember 2017 TEUR 26.594. Darin enthalten ist das Obligo mit verbundenen Unternehmen von TEUR 6.403.

Aus **Miet- und Leasingverträgen** bestehen Verpflichtungen von TEUR 5.020 bis zum jeweiligen Vertragsende, davon gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR 2.393. In allen Fällen handelt es sich um sogenannte Operating-Lease-Verträge, die zu keiner Bilanzierung der Objekte bei der Gesellschaft führen. Die Vorteile dieser Verträge liegen in der geringeren Kapitalbindung im Vergleich zum Erwerb, im Wegfall des Verwertungsrisikos sowie in der laufenden Gewährleistung eines Fuhrparks entsprechend dem Stand der Technik. Risiken könnten sich aus der Vertragslaufzeit ergeben, sofern die geleasten Fahrzeuge nicht mehr oder nicht mehr ausreichend genutzt werden könnten, wofür es derzeit keine Anzeichen gibt.

Mit der Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig, wurden Stromlieferverträge mit einem fixierten Stromgrundpreis über insgesamt circa TEUR 5.600 (inklusive Strommengen für Tochterunternehmen – Einkaufskooperation) für 2018 vereinbart.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2000 abgeschlossenen CBL-Transaktionen haben sich die Wasserwerke unter anderem zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Durchführung entsprechender Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen über die Laufzeit der Verträge verpflichtet.

4.3 Derivative Finanzinstrumente

Zur Zinssicherung wurden bei den Wasserwerken Zinsderivate eingesetzt. Der Abschluss von Zinsderivaten erfolgte jeweils bezogen auf ein Grundgeschäft. Zum Stichtag 31. Dezember 2017 besteht noch ein Zinsswap mit einem Restnominalvolumen von TEUR 5.125.

Der Zinsswap weist zum Bilanzstichtag einen negativen Zeitwert von TEUR 55 auf. Das Zinsderivat wird mit dem zugrunde liegenden Bankdarlehen zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Für den Zinsswap gilt, dass er mit dem zugrunde liegenden Darlehen in allen wesentlichen Bedingungen übereinstimmt und dass sich die Zahlungsströme aus der Zinsabsicherung für die verbleibende Laufzeit des Derivats vollständig ausgleichen, mithin eine Absicherung von Festzinssätzen erreicht wird.

Konkret handelt es sich um folgende Absicherung:

Payer-Swap mit einer Laufzeit vom Beginn am 1. April 2008 bis zum Ende der Margenbindung des zugrunde liegenden Tilgungsdarlehens am 30. März 2018. Abgesichert ist der jeweilige Restwert des Tilgungsdarlehens. Zum Stichtag beträgt dieser TEUR 5.125.

Die Bewertung des Swaps durch die Bank leitet sich vom Mid-Market-Preis oder vom indikativen Preis, zu dem das Kreditinstitut das Finanzinstrument beendet oder zurückgekauft hätte, ab und erfolgte auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden.

Für die Abbildung der Derivate in der Bilanz wurde die Einfrierungsmethode gewählt.

4.4 Angaben zu den Organen

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Dr. Ulrich Meyer, technischer Geschäftsführer, und
- Herr Michael M. Theis, kaufmännischer Geschäftsführer.

Für das Jahr 2017 entfallen auf die Geschäftsführer folgende Vergütungen:

in TEUR

	Festes Jahresgrundgehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgsabhängige Vergütungen	Gesamtvergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Art der Altersversorgung*	Altersversorgung (Beitrags-) Aufwand	Im Geschäftsjahr 2017 gezahlte Beträge	
								Gesamtvergütung	davon erfolgsabhängige Vergütung
Dr. Ulrich Meyer	195	10	50	255	0	A	25	255	50
Michael M. Theis	180	10	50	240	0	A	20	240	50
	375	20	100	495	0		45	495	100

* A – beitragsorientierte Leistungszusage

Auf die Angabe der im Berichtsjahr gewährten Bezüge für Hinterbliebene eines früheren Geschäftsführers sowie einen ehemaligen Geschäftsführer wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die für ehemalige Geschäftsführer bestehende Pensionsrückstellung ist unter Abschnitt 2.2.4 angegeben.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

Anteilseignervertreter	
Volkmar Müller Vorsitzender des Aufsichtsrates	Geschäftsführer
Karsten Schütze 1. stellvertretender Vorsitzender	Oberbürgermeister der Stadt Markkleeberg
Wolfgang Denecke	Rentner
Andreas Geisler	selbstständiger Bäckermeister
Achim Haas	Geschäftsführer
Andreas Habicht	Geschäftsführer
Wolfgang Hesse	Unternehmensberater
Dr. Nicole Lakowa	Geschäftsführerin
Dr. Ilse Lauter	Dozentin für Buchführung und Rechnungswesen
Tobias Meier (ab dem 1. August 2017)	Bürgermeister der Stadt Taucha
Heiko Rosenthal	Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport
Dr. Lothar Tippach	Rentner
Norman Volger	Vereinsgeschäftsführer
Christopher Zenker	Angestellter
Jörg Enke (bis zum 31. Juli 2017)	Oberbürgermeister der Stadt Schkeuditz

Arbeitnehmervertreter	
Michaela Späth 2. stellvertretende Vorsitzende	HR Businesspartner
Ulrike Bauermann	Sachbearbeiterin Großkundenbetreuung
Armin Krück	Betriebsratsvorsitzender
Manfred Kummer	Leiter Team Überwachung/Steuerung
Nico Langhammer (ab dem 1. Juli 2017)	Sachbearbeiter Technik/Automatisierungstechnik
Jürgen Mehnert	Bezirksleiter IG Bergbau, Chemie, Energie
Sebastian Speer	stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
Hans-Jürgen Müller (bis zum 30. Juni 2017)	Sachbearbeiter Elektrotechnik Bau und Service Leipzig GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2017 folgende Vergütungen und Aufwandsentschädigungen:

in EUR

Anteilseignervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Volkmar Müller Vorsitzender des Aufsichtsrates	1.000,00	2.250,00
Karsten Schütze 1. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzende	1.000,00	2.250,00
Wolfgang Denecke	1.000,00	1.500,00
Jörg Enke	584,00	250,00
Andreas Geisler	1.000,00	1.500,00
Achim Haas	1.000,00	750,00
Andreas Habicht	1.000,00	2.000,00
Wolfgang Hesse	1.000,00	1.000,00
Dr. Nicole Lakowa	1.000,00	1.250,00
Dr. Ilse Lauter	1.000,00	1.250,00
Tobias Meier	417,00	750,00
Heiko Rosenthal	1.000,00	1.000,00
Dr. Lothar Tippach	1.000,00	2.000,00
Norman Volger	1.000,00	1.500,00
Christopher Zenker	1.000,00	1.500,00
	14.001,00	20.750,00

in EUR

Arbeitnehmervertreter	Summe Vergütung	Summe Sitzungsgelder
Michaela Späth 2. Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende	1.000,00	1.750,00
Ulrike Bauermann	1.000,00	1.500,00
Armin Krück	1.000,00	1.250,00
Manfred Kummer	1.000,00	1.500,00
Nico Langhammer	500,00	500,00
Jürgen Mehnert	1.000,00	1.250,00
Hans-Jürgen Müller	500,00	500,00
Sebastian Speer	1.000,00	1.500,00
	7.000,00	9.750,00

4.5 Abschlussprüferhonorar

Auf die Angabe des Honorars des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese Angabe in dem die Gesellschaft einbeziehenden Konzernabschluss der LVV enthalten sein wird.

4.6 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 267 Abs. 5 HGB)

	2017	2016
Angestellte	369	365
Gewerbliche Mitarbeiter	170	170
	539	535

Darüber hinaus haben die Wasserwerke im Geschäftsjahr 2017 im Jahresdurchschnitt (§ 267 Abs. 5 HGB) 30 Auszubildende (Vj.: 33) und wie im Vorjahr einen Trainee beschäftigt.

4.7 Anteilsbesitz der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig, zum 31. Dezember 2017 (§ 285 Nr. 11 HGB)

An folgenden Unternehmen halten die Wasserwerke zum Bilanzstichtag einen Anteil von mindestens 20,00 %:

	Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH			Verbundenes bzw. Beteiligungsunternehmen		
	Geschäfts- anteile 31.12.2017	Anschaf- fungs- kosten 31.12.2017	Buchwert 31.12.2017	Stamm- kapital 31.12.2017	Eigenkapital 31.12.2017	Jahreser- gebnis 2017
	%	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Anteile an verbundenen Unternehmen						
1. Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig	100,00	1.524	1.524	25	1.409	0
2. Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	100,00	1.003	1.003	500	1.467	2.290 ¹
3. Wassergut Canitz GmbH, Leipzig	100,00	1.489	154	26	1.489	198 ¹
4. LSI GmbH, Leipzig ²	-	0	0	310	826	159 ²
		4.016	2.681			
II. Beteiligungen						
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau (mittelbar gehalten über GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale), Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig)	25,50	71.581	0 ³	127.823	120.113	1.615
		71.581	0			
		75.597	2.681			

¹ Jahresergebnis vor Gewinnabführung

² mittelbares Tochterunternehmen, die Geschäftsanteile werden über die Bau und Service Leipzig GmbH gehalten

³ Buchwert am 31. Dezember 2017 auf EUR 1,00 abgeschrieben

Leipzig, den 18. Mai 2018

Geschäftsführung



Michael M. Theis



Dr. Ulrich Meyer

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2017

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2017
	01.01.2017	Zugänge	Umb- chungen	Abgänge	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Softwarelizenzen und ähnliche Rechte	24.811	225	351	3	25.384
2. Grunddienstbarkeiten	24.213	1	0	0	24.214
	49.024	226	351	3	49.598
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	132.382	806	741	4	133.925
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	3.735	0	0	0	3.735
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	8.875	18	0	0	8.893
4. Trinkwassergewinnungs- und Abwasserreinigungsanlagen	181.365	3.475	589	189	185.240
5. Wasserverteilungs- und Abwassersammelungsanlagen	1.478.732	31.358	15.919	1.145	1.524.864
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	5.757	167	43	22	5.945
7. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.290	828	248	891	18.475
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	32.621	15.531	-17.891	938	29.323
	1.861.757	52.183	-351	3.189	1.910.400
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	4.016	0	0	0	4.016
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	436	2.000	0	0	2.436
3. Beteiligungen	71.581	0	0	0	71.581
	76.033	2.000	0	0	78.033
	1.986.814	54.409	0	3.192	2.038.031

in TEUR

01.01.2017	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen		Buchwerte	
				31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016	
22.660	940	0	3	23.597	1.787	2.151	
23.144	0	0	0	23.144	1.070	1.069	
45.804	940	0	3	46.741	2.857	3.220	
71.668	2.380	1	0	74.049	59.876	60.714	
1.143	47	0	0	1.190	2.545	2.592	
2.995	0	0	0	2.995	5.898	5.880	
125.269	5.736	-1	174	130.830	54.410	56.096	
722.717	30.477	0	974	752.220	772.644	756.015	
4.405	250	0	21	4.634	1.311	1.352	
15.101	884	0	886	15.099	3.376	3.189	
0	0	0	0	0	29.323	32.621	
943.298	39.774	0	2.055	981.017	929.383	918.459	
1.335	0	0	0	1.335	2.681	2.681	
0	0	0	0	0	2.436	436	
71.581	0	0	0	71.581	0	0	
72.916	0	0	0	72.916	5.117	3.117	
1.062.018	40.714	0	2.058	1.100.674	937.357	924.796	

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 18. Mai 2018

Deloitte GmbH

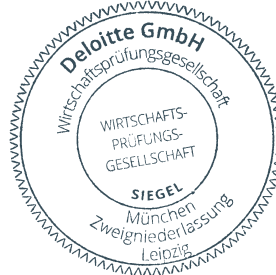
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(Drüppel)

Wirtschaftsprüfer


(Schrader)

Wirtschaftsprüfer



Impressum

Herausgeber

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Postfach 10 03 53
D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 969-0
Fax: 0341 969-2349
wasserwerke@L.de
www.L.de.

Verantwortlich

Michael M. Theis
(Kaufmännischer Geschäftsführer),
Dr. Ulrich Meyer
(Technischer Geschäftsführer)

Konzept und Gestaltung

Centralgestalt GmbH
www.centralgestalt.de

PDF-Download

www.L.de/geschaeftsbericht